97-84183-9

Dorth, Oskar

Geschichte der konsum-vereinsentwicklung ...

Bonn

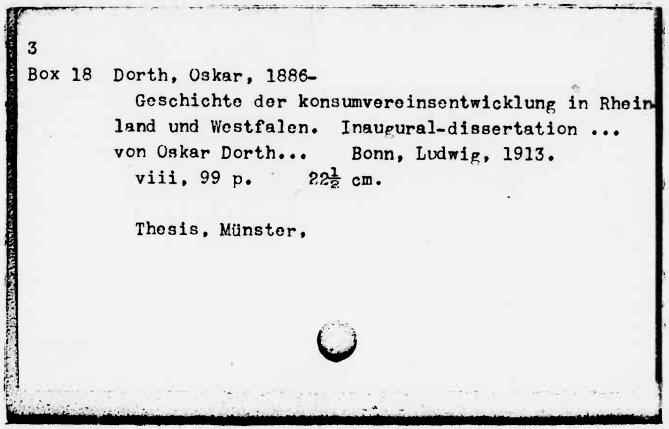
1913

97-84183-9
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD


3
Box 18 Dorth, Oskar, 1886-
Geschichte der konsumvereinsentwicklung in Rheinland und Westfalen. Inaugural-dissertation ... von Oskar Dorth... Bonn, Ludwig, 1913.
viii, 99 p. 22½ cm.

Thesis, Münster,

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-9-97 INITIALS: JP

TRACKING # : 27602

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Exchange

JAN 1 01921

Geschichte der Konsumvereinsentwicklung in Rheinland und Westfalen.

3
Box 19

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Universität zu Münster i./W.

Von

Oskar Dorth

aus Bonn.

BONN 1913.

Druck von H. Ludwig, Spezial-Druckerei für Dissertationen.

Referent: Herr Prof. Dr. Schmöle.

Korreferent: Herr Prof. Dr. Jacobi.

Meinen lieben Eltern.

Inhaltsangabe.

Seite

Einleitung . . . . . .

Kap. I. Geschichte der Konsumvereinsentwicklung in Rheinland-Westfalen 1

Kap. II. Die wirtschaftliche Tätigkeit der rheinisch-westfälischen Konsumvereine 15

Kap. III. Die politische und konfessionelle Stellung der Konsumvereine 44

Abschnitt 1. Die Hamburger Richtung und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie 46

Abschnitt 2. Die politische und konfessionelle Stellung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine . . 77

Schluß 94

Einleitung.

Die Tätigkeit der Konsumvereine, vor allem der modernen Richtung, ist durch Göhres Werk, „Die deutschen Arbeiterkonsumvereine“ ziemlich erschöpfend dargelegt worden. Es kann daher im Folgenden nicht unsere Aufgabe sein, noch einmal auf die Bestrebungen und Leistungen der hier zu besprechenden Vereine zurückzukommen. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, neben der allgmeinen Würdigung ihrer Tätigkeit besondere Leistungen hervorzuheben, die neuerdings in Konsumgenossenschaftskreisen die Gemüter beschäftigen. Vor allen Dingen aber hat Rheinland-Westfalen eine besondere Konsumvereinsrichtung aufzuweisen, auf die wir die Aufmerksamkeit lenken möchten, und die bisher noch wenig bekannt ist, nämlich die soziale christliche Konsumvereinsrichtung, Sie ist zwar in wirtschaftlicher Hinsicht ein getreues Abbild der modernen Konsumvereinsrichtung überhaupt, doch dürfte sie wohl in ihrer übrigen Tendenz einiges Interesse beanspruchen. Wie wir im Folgenden sehen werden, ist diese Richtung durch die christl. Gewerkschaften ins Leben gerufen worden, gewissermaßen als Bollwerk gegenüber dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, der ja im Geruche steht, ein Vorkämpfer der sozialdemokratischen Partei zu sein. Wir werden uns daher im Folgenden auch mit dieser Frage zu befassen haben, um so mehr, als sie durch die Erklärungen auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen,

sowie durch den Parteitag in Magdeburg wieder in den Vordergrund getreten ist. Auch die Ausführungen Göhres und ihr Echo in Zentralverbandkreisen werden uns beschäftigen müssen und dabei konstatieren, daß der Zentralverband die ihm von Göhre unterschobene Tendenz durchaus nicht billigt. Eine Klärung aller dieser Fragen herbeizuführen, liegt natürlich vor allem im Interesse der Konsumvereinsbewegung selbst, die je nach der Meinung der Öffentlichkeit, besonders der parlamentarischen Kreise, eine Förderung oder Hemmung zu erwarten hat.

Wenn es auch nicht möglich ist, sich wegen der Delikatheit verschiedener Fragen und besonders wegen des Mangels ausreichender Kontrolle ein abschließendes Urteil zu bilden, so hoffen wir doch durch uusere Ausführungen einiges zur Klärung beigetragen zu haben.

Kapitel I.

Geschichte der Konsumvereinsentwicklung in Rheinland-Westfalen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, eine ins Einzelne gehende Darstellung des geschichtlichen Werdeganges der rheinisch-westfälischen Konsumvereinsbewegung zu geben, um so weniger, als auch das hierzu nötige Material äußerst dürftig ist. Vielmehr wollen wir uns darauf beschränken, in kurzen Strichen ihre Entwicklung zu zeichnen, soweit es zur Kenntnis der Eigentümlichkeiten des zu behandelnden Gebietes nötig ist.

Über die Entwicklung und Tätigkeit der älteren Vereine liegen recht wenige Nachrichten vor. Alle Gründungen — sie reichen bis Ende der 50er Jahre zurück — vollzogen sich vollkommen systemlos, ohne unter einander in Zusammenhang zu stehen, es sei denn insoweit, als sich einige Männer für den Konsumvereinsgedanken erwärmten und für ihn Propaganda machten. So vor allem Eugen Richter, der bekannte Gymnasiallehrer Dr. Lange, Duisburg, und besonders Schulze-Delitzsch, der denn auch der ganzen Bewegung den Stempel aufdrückte. Einige Vereine, wie z. B. die „Eintracht" in Elberfeld, die unter Schulze-Delitzschs Assistenz 1859 gegründet wurde, brachten es zwar zu einiger Blüte, im Großen und Ganzen jedoch waren es infolge der Halbheit, mit der Schulze-Delitzsch den Konsumgenossenschaftsgedanken auffaßte, kleine, kraftlose Gebilde. Des öfteren wurde versucht, einen losen Zusammenhang in Form eines Verbandes herzustellen, allein es dauerte trotz einiger Zusammenkünfte noch bis 1872, ehe ein Verband zustande kam. Es fehlte eben jedes Verständnis für ein zentralisiertes

Vorgehen, eine Tatsache, die ja noch heute bei den Konsumvereinen Schulze-Delitzscher Richtung zu konstatieren ist. Der Genossenschaftsgedanke, so interpretiert man diese Auffassung, verträgt sich nicht mit einer Zentralisation, die sowohl durch Zusammenschluß einzelner Vereine zu einem Verein, als auch durch immer weiter gehende Bevormundung der einzelnen Vereine durch den Verband die Selbstbestimmung der Einzelgenossenschaft unterbindet. Der immer mehr Platz greifende geschäftsmäßige Standpunkt ist dem Genossenschaftsgedanken nicht förderlich.

Auch nach Gründung des Verbandes, der sich wiederum dem Allgemeinen Verbande deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften anschloß, war die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung recht mäßig. Hatte der Verband bei seiner Gründung 8 Vereine, so waren es nach dem Berichte des Verbandstages 1879 (der ältesten Urkunde des Verbandes) erst 10 Vereine. Freilich waren dies wohl lange nicht alle existierenden Vereine überhaupt, hatten sich doch schon im Jahre 1868 auf einer Versammlung zur Beratung über den zu gründenden Verband 17 Vereine eingefunden. Allein jene Einzelexistenzen haben keinerlei Spuren hinterlassen.

So war denn die ganze Bewegung zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, wie wohl nicht näher ausgeführt zu werden braucht.

Nicht minder bedeutungslos war auch eine andere Konsumvereinsbewegung, die der Vollständigkeit halber erwähnt werden soll, und die sich ganz getrennt von der oben erörterten Richtung entwickelte. Hatte diese nämlich einen durchaus bürgerlichen Charakter, der das Arbeiterelement fast vollständig fernblieb, so trug die nun zu besprechende Richtung einen durchaus proletarischen Charakter,

freilich nicht in dem Sinne, wie ihn Göhre der modernen Konsumvereinsrichtung zuweist. Die Mitglieder sind nur Arbeiter, und zwar nur Arbeiter eines Werkes, meist einer Zeche. Diese Vereine sind jedoch nicht zu verwechseln mit den Konsumanstalten, die ja als eine Art Wohlfahrtseinrichtung vom Werke selbst betrieben werden. Es sind vielmehr richtige Genossenschaften, die von den Arbeitern errichtet und geleitet werden, allerdings unter Mithülfe des Werkes. Das Geschäftskapital besteht aus Beiträgen der Mitglieder von 3—5 Mk. und, falls dies nicht ausreicht, aus Zuschüssen der Zeche. Die Verwaltung wird von einem sechsköpfigen Vorstand geführt, dessen Vorsitzender jedoch merkwürdiger Weise von der Zeche ernannt wurde. Der Reingewinn wurde nach Maßgabe des Warenumsatzes im Verein an die Mitglieder verteilt. Die Beschränkung der Mitgliedschaft auf Zechenangehörige wurde jedoch meist wenig genau genommen, und nach dem Genossenschaftsgesetz von 1897 mußten viele Vereine sich auflösen, da sie mit den wenigen Anhängern aus den Werksangehörigen nicht lebensfähig waren. Überhaupt kamen alle diese Vereine nicht recht hoch.

Nur ein kleiner Teil der Belegschaft wohnte in unmittelbarer Nähe des Werkes; häufig wurde auf die Arbeiter auch ein Druck ausgeübt, daß sie sich nicht an dem Konsumverein beteiligen sollten, besonders von Bauunternehmern, die als Besitzer von Arbeiterwohnungen ihre Vermietermacht nicht selten in den Dienst der Konsumvereinsgegner stellten [1]). Aber auch das Prinzip der Barzahlung, auch heute noch ein starkes Hemmnis in der weiteren Ausbreitung der Konsumvereine, schreckte viele Arbeiter ab. So kam es, daß sich nur ein geringer Teil

1) „Glück-auf" 1898 No. 19.

der Werksangehörigen an den Vereinen beteiligte, in Durchschnitt waren es 25%, bei einem sogar nur 9%.

Während Anfangs der 80er Jahre 13 derartiger Vereine existierten, waren es 1898 nur noch 4 auf den westfälischen Gruben. Der Gesamtumsatz der 2150 Mitglieder betrug in diesem Jahr 713 000 Mk., der Bruttogewinn 103 000Mk., der Reingewinn 66 000 Mark. Die Dividende belief sich durchschnittlich auf 9% [1]).

Auch dieser Bewegung ist also keine Bedeutung beizumessen. Im Anfang der Entwicklung scheinen die Hoffnungen freilich stärker gewesen zu sein, wie aus folgender Notiz aus dem Jahre 1878 zu ersehen ist [2]):

„Über die Konsumvereine, welche sich des Beifalles der Bergarbeiter in steigendem Maße zu erfreuen hatten, wird aus allen Oberbergamtsbezirken berichtet, daß sie allgemein mit Erfolg gearbeitet haben und wesentlich zur Verbesserung der ökonomischen Lage der Bergleute beitragen."

Sehen wir so den Konsumvereinsgedanken in der älteren Periode nur wenig Blüten und Früchte treiben, so werden wir in der neueren Zeit einen um so stärkeren Aufschwung zu konstatieren haben. Die Hauptursachen dieser Veränderung sind einmal die Sinnesänderung innerhalb der Sozialdemokratie über den Wert der Konsumvereinsbewegung, namentlich die rege Agitation des Revisionismus, dann aber auch die gesteigerten Leistungen der nach englischem Vorbild geleiteten Vereine. Die Aufhebung des Verdikts vor allem, das die Partei unter dem Einfluß von Lassalle über die Konsumgenossenschaften verhängt

1) a. a. O.

2) Zeitschrift für Berg,- Hütten- und Salinenwesen, Bd. 27. S. 314.

hatte, bildet ein Markstein in der Gesichichte der Konsumvereinsbewegung überhaupt. Der Bann, der die sozialistischen Arbeitermassen und dadurch beeinflußt überhaupt die Arbeiterschaft von ihr fern hielt, war gebrochen, und nun strömten jene in Massen zur Gründung immer weiterer Vereine. Ein Gründungsfieber ergriff die Arbeiterschaft auch in Rheinland-Westfalen, wie ein Konsumvereinsleiter auf einem Verbandstage sich ausdrückte. Kein anderes Gebiet in Deutschland dürfte eine so schnelle Entwicklung aufzuweisen haben, wie Rheinland-Westfalen. Bestanden schätzungsweise 1895 hier nur höchstens 50 Vereine, so zählt der Reichsanzeiger 1910 in diesem Gebiete 455 Vereine (288 in der Rheinprovinz, 169 in Westfalen) [1]). Die meisten sind freilich recht bescheidene Gebilde, jedoch sind auch Vereine darunter, die an der Spitze der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung marschieren. Größere Bedeutung haben allerdings nur die Vereine erlangt, die sich einem Verbande angeschlossen haben, im Ganzen nur (1910) 190 Vereine. Sie können im Folgenden auch nur berücksichtigt werden, da die übrigen sich jeder Kontrolle entziehen. Nach der politischen, konfessionellen oder sonstigen Überzeugung der Mitglieder haben sich diese Vereine nun in 3 Verbänden zusammengeschlossen.

Im Jahre 1910 gehören 59 Vereine zu dem „Verbande rhein.-westf. Konsum- und Produktivgenossenschaften", einem Unterverband des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine".

Wie letzterer, so ist auch sein rhein.-westf. Revisionsverband entstanden aus der bekannten Sezession in Kreuznach 1902, wo auf einem Verbandstage

1) Reichsanzeiger 1910.

des Allg. Verbandes 99 Vereine wegen ihrer sozialistischen Färbung und ihrer im Widerspruch zu den Prinzipien des Allg. Verbandes stehenden wirtschaftlichen Tendenzen ausgeschlossen wurden [1]). Des näheren auf dieses Ereignis einzugehen ist hier nicht der Ort. Es sei nur auf den ja bekannten Kernpunkt der Streitfragen hingewiesen, weil wir so zu gleicher Zeit die Wesensverschiedenheit der in Frage stehenden Verbände erkennen können. Der Allg. Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beruhte, und beruht auch heute noch, auf einer eigentlich ganz unnatürlichen Basis, gleichsam auf 2 Säulen, die nicht parallel, sondern, wenn konsequent fortgeführt, auseinanderstrebend verlaufen. Denkbar und existenzfähig ist er überhaupt nur durch ständigen Kompromiß der beiden in ihm vereinigten, von Natur aus sich jedoch widerstrebenden Organisationen. Beide sind zur Halbheit oder die eine ist zur ständigen Unterdrückung verdammt, und es bedarf nur einer konsequenten Durchführung der in ihnen schlummernden Tendenzen, so ist eine Kollission unvermeidlich. Dieser Fall war gegeben bei der Sezession in Kreuznach. Bis dahin war eine Harmonie nur denkbar, wenn die Konsumvereine darauf verzichteten, alle ihre Kräfte zur Entfaltung zu bringen, um den Kleinhändlern, ihren Verbandsbrüdern, nicht allzu sehr ins Gehege zu kommen. Das rücksichtslose Draufgehen der modernen Konsumvereine, die den englischen Genossenschaften nacheiferten, war den Interessen der Kleinhändler und der mit ihnen sympathisierenden Handwerker zuwider, und so mußte es zu der bekannten Kollision kommen. Dies ist zweifellos der tiefste Grund der Ausschließung der 99 Vereine; eine willkommene

1) Staudinger: Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach. 1903.

Begründung gab der sozialistische Geruch der modernen Konsumvereinsrichtung ab, der ja freilich ebenfalls dem bürgerlichen Charakter des Allg. Verbandes widersprach.

Auf jeden Fall war die Trennung in Kreuznach, mag auch an der Form manches auszusetzen sein, sachlich durchaus gerechtfertigt, und es ist nur zu bedauern, daß man nicht gleich reinen Tisch gemacht und eine endgültige Trennung der beiden Interessengruppen herbeigeführt hat. Doch wie dem auch sein mag, der Allg. Verband hatte durch diese Amputation einen herben Schlag erhalten, wenigstens soweit er überhaupt auf eine weitere Entfaltung der ihm angegliederten Konsumvereinsbewegung Wert legte. Zum mindesten war ihm Aufsicht und Einfluß auf die deutsche Konsumvereinsbewegung aus den Händen geglitten. Denn die ausgeschlossenen Vereine sammelten sich sofort um eine neue Fahne, und das Ergebnis war die Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. In Rheinland-Westfalen waren 5 Vereine ausgeschlossen worden und 2 freiwillig ausgetreten. Mit einer Anzahl anderer Vereine gründeten sie zu Lüdenscheid den bereits genannten „Verband rhein.-westf. Konsum- und Produktivgenossenschaften". 18 Vereine mit 10 209 Mitgliedern waren bei der Gründung beteiligt. Ihr Umsatz betrug 1902/03: 1 464 535 Mk. Welche Entwicklung er durchgemacht hat, sagen uns die entsprechenden Zahlen für 1910: 59 Vereine, 140 000 Mitglieder und etwa 45 Mill. Mk. Umsatz [1]).

Die bei dem Allg. Verband verbleibenden Vereine bewegten sich in den gewohnten Bahnen weiter. Wie wenig sie der Hauch der modernen Konsumvereinsbewegung berührte, zeigen die Zahlen der Ver-

1) Jahrbücher des Zentralverbandes 1903—10.

Landsberichte, auf die wir noch zurückkommen werden. Es sei nur vorweggenommen, daß der rhein.-westf. Unterverband, der „Verband rhein.-westf. Konsumvereine", im Jahre 1910 38 Vereine mit 24 840 Mitgliedern und 7,8 Mill. Mk. Umsatz hatte. —

Haben nun diese beiden Verbände im Hinblick auf die übrige deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung nicht viele Besonderheiten aufzuweisen, da sie ja nur Unterverbände größerer, über ganz Deutschland verbreiteter Verbände sind, so ist doch Rheinland-Westfalen der Boden für eine neue dritte Konsumvereinsbewegung geworden, die man als die „christliche" bezeichnet. Da deren Entwicklung nur wenig bekannt sein dürfte, so wollen wir im Folgenden, freilich in aller Kürze, etwas näher darauf eingehen.

Die christliche Konsumvereinsbewegung ist, worauf wir später noch näher einzugehen haben, entstanden aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die gleichsam als Gegengewicht gegen die von den freien Gewerkschaften geförderte Hamburger Konsumvereinsrichtung, dem „Zentralverband deutscher Konsumvereine", für ihre Anhänger eine eigene Konsumgenossenschaftsbewegung ins Leben rufen wollte. Diese Bestrebung beginnt etwa um die Jahrhundertwende. Freilich konnte von einem großzügig angelegten Plane keine Rede sein. Es blieb vielmehr den einzelnen Ortskartellen und Zahlstellen der Gewerkschaften überlassen, ob sie sich der Bewegung annehmen wollten oder nicht. So war die ganze Bewegung von vornherein zersplittert und ohne größere Lebenskraft. Da die Gewerkschaftsbeamten natürlich keine Erfahrung auf dem neuen Gebiet hatten, so getraute man sich nicht, gleich einen richtigen Konsumverein ins Leben zu rufen,

sondern begann die Geschichte der Konsumgenossenschaftsbewegung gleichsam noch einmal von vorne an. Es wurden nämlich meist sog. Einkaufskassen eingerichtet zum Zwecke, den Mitgliedern einzelne wichtige Nahrungsmittel, wie Kohlen, Kartoffel etc., durch Massenankäufe zu billigem Preise übermitteln zu können. Man legte eine Liste auf, in die sich die Mitglieder mit dem genauen Bedarf für die kommenden 2 Wochen eintrugen. Weiterhin schloß man mit einzelnen Bäckern oder Metzgern Verträge zur Pflege des Lieferantengeschäfts ab, um so den Mitgliedern der Kasse einen Rabatt zu verschaffen. Im Großen und Ganzen also eine nochmalige Entwicklung der Konsumvereinsidee. Neu war nur, daß es nur Anhängern der christlichen Gewerkschaften möglich war, sich zu beteiligen, eine Maßnahme, die sich jedoch bald, wie wir noch sehen werden, als eine Fessel erwies und die man darum fallen ließ.

Allmählig erweiterten sich diese Einkaufskassen zu wirklichen Konsumvereinen. Man beging jedoch einen weiteren großen Fehler. Anstatt erfahrene Geschäftsleute, mit dem Konsumvereinswesen vertraute Männer, an die Spitze der Vereine zu stellen, überließ man die Verwaltung auch weiterhin den Gewerkschaftsbeamten. Die Folgen blieben nicht aus. Abgesehen von den ständig wachsenden Reibereien, die die Verquickung der beiden Bewegungen unter einer leitenden Hand im Gefolge hatten, kamen auch die schlimmsten Fehlgriffe in kaufmännischer Hinsicht vor. Wie verblendet man bezüglich dieses Punktes war, zeigt die Tatsache, daß man auch an die Spitze der von einer größeren Anzahl Vereine geschaffenen Einkaufszentrale nicht etwa eine kaufmännisch gebildete Kraft stellte, sondern einen gewöhnlichen Textilarbeiter. Die erwähnte Zentrale wurde im Jahre 1901 in M.-Gladbach gegründet und

hatte als Aufgabe den gemeinschaftlichen Einkauf, sowie eine ständige Revision der einzelnen Vereine. Eine tüchtige kaufmännische Kraft wäre also hier sicherlich am Platze gewesen. Welche Folgen dieser Fehlgriff haben mußte, trat bald zu Tage. Obwohl das Betriebskapital nur 2000 Mk. betrug, wurden Warenschulden bis zur Höhe von 100 000 Mk. gemacht. Zahlungsschwierigkeiten und der endgültige Zusammenbruch im Jahre 1904 war die Folge. Das Gesamtdefizit betrug 17 426 Mk. und verteilte sich auf jeden Verein mit 800 Mk. Haftpflichtsumme. Da diese meist nur 20—30 Mitglieder hatten, so bedeutete dieser Zusammenbruch einen schlimmen Schlag für die ganze christliche Konsumgenossenschaftsbewegung. War schon vorher das Interesse der christlichen Arbeiterschaft recht lau, so jetzt erst recht. Wie wenig Anklang die ganze Bewegung bei den christl. Gewerkschaftlern fand, ersehen wir aus Folgendem: 1901 waren in Aachen zwei Konsumvereine der christl. Textilarbeitergewerkschaft gegründet worden; 1904 waren von 5000 Mitgliedern der Gewerkschaft nur 130 an dem einen und 150 an dem anderen Konsumverein beteiligt.

Vereinchen von 17—20 Mitgliedern waren nicht selten. Nur wenige Vereine hatten mehr als 100 Mitglieder. Wie wenig Einheitlichkeit in der ganzen christl. Konsumvereinsbewegung herrschte, geht aus ihrer riesigen Zersplitterung hervor. Es gab Orte, wo 10 und mehr Vereine ein kümmerliches Dasein fristeten, ein einziger aber genügt hätte. Die Verwaltung dieser Zwergvereine machte nicht selten die Hälfte der Mitglieder aus [1]).

Daß einer Bewegung, die so den Keim der Auflösung von vornherein in sich trug, keine Zukunft

1) Über die Zersplitterung dieser Bewegung vergl. „Westd. Arbeiterztg." 2. VI. 1907.

blühen konnte, war klar, es sei denn, daß eine grundlegende Reform eintrat. Dies war allen Einsichtigen einleuchtend, und es mehrten sich denn auch die Stimmen, die diesen Gedanken vertraten. Vor allen Dingen erkannte man, daß die Verquickung der Gewerkschafts- und der Konsumvereinsbewegung vom Übel war. Auf beiden Seiten trachtete man daher, das Band zu lösen. Namentlich die Gewerkschaften sahen für ihre Ziele keinerlei Vorteil aus der kümmerlichen Entwicklung der Konsumvereine herausspringen, im Gegenteil, sie hatten nur Nachteile zu verzeichnen. Aber auch die Genossenschaften suchten das Band zu trennen; leider war es aber auch nur das einzige Band, das die ganze Bewegung zusammenhielt. Ein anderes an die Stelle zu setzen, war bei der herrschenden Zersplitterung und Interesselosigkeit schwierig. Man trug sich eine Zeit lang mit dem Gedanken, sich dem Zentralverband deutscher Konsumvereine anzuschließen, da man dessen glänzende Entwicklung verfolgte. Dieser kam ihnen auch mit Reformvorschlägen entgegen. Eine Zusammenkunft zur Aussprache fand in Düsseldorf statt. Das Ergebnis der Verhandlungen war jedoch nur ein Protest der christl. Vertreter gegen die Wahl des Lokals, das Haus der freien Gewerkschaften, die sie für eine Verletzung der Neutralität erklärten. Einsichtige Elemente betonten freilich auch auf christl. Seite, daß nicht die Lokalfrage, sondern die Art der Verhandlung, sowie die Führung der Geschäfte maßgebend sei. Eine zweite Konferenz wurde anberaumt, allein die christl. Vertreter blieben aus und so verlief der ganze Plan im Sande [1]).

Inzwischen hatte man sich an einem anderen Plane erwärmt. Das „Zentralblatt der christl. Gewerkschaften" [2]) plädierte für einen eigenen Verband

1) Konsumgenossenschaft Rundschau 1905, Nr. 3.
2) a. a. O. 1904, Nr. 29.

der christl. Konsumvereine, indem es erklärte, „daß derjenige sich bleibende Verdienste um die Konsumvereinsbewegung der christlichen Arbeiter erwerben wird, der die erste Konferenz der christl. Genossenschafter zusammenruft". Dieser Mann erstand in dem ehemaligen Gewerkschaftsführer und damaligen Leiter des Konsumvereins „Eintracht" in Mülheim a. Rh., Peter Schlack. Er lud alle christl. Vereine zu einem Delegiertentag ein, der auch tatsächlich am 16. Juli 1905 in Neuß stattfand. Drei Wege standen zur Erörterung, auf denen die Verbandsfrage zu lösen war. Einmal konnte man sich an den bestehenden Revisionsverband des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine anschließen. Dieser Weg wurde abgelehnt. Sodann bestand die Möglichkeit, sich an den „Rheinpreußisch-landwirtschaftl. Verband" anzuschließen. Auch dieser Weg wurde nicht gewählt. Und so entschlossen sich die Delegierten der 27 vertretenen Vereine zur Gründung eines selbständigen Verbandes. Merkwürdiger Weise blieb die weitere Möglichkeit, nämlich der Anschluß an den „Allg. Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" bezw. an dessen rhein.-westf. Unterverband, ganz unerörtert. Die Sympathien scheinen also für diesen noch geringer gewesen zu sein, als für den Zentralverband, und in der Tat ist dieses Verhältnis auch heute noch zu konstatieren. Die christl. Konsumvereinsrichtung und besonders ihr neuer Führer, stehen eben durchaus auf dem Boden der modernen Konsumvereinsrichtung; ihre wirtschaftlichen Ziele unterscheiden sich nicht im mindesten von denen des Zentralverbandes. Wir werden vielmehr noch sehen, daß Schlack sich der Hoffnung hingibt, die Vereine des Allg. Verbandes zum Austritt aus diesem und zum Anschluß an seinen Verband bewegen zu können.

Die Resolution, die auf dem Delegiertentag gefaßt wurde, lautet:

„Der Delegiertentag fordert die Gewerkschaftskonsumvereine auf, in möglichst kurzer Zeit ihr Statut auf allgemeiner Grundlage umzubauen, dahingehend, daß der Beitritt allen auf christlich-nationalem Boden stehenden Konsumenten gestattet ist. Desgleichen empfiehlt derselbe den kleinen Vereinen, mit einander in Verbindung zu treten, um möglichst bald eine Zentralisation herbeizuführen."

An dieser Resolution ist zweierlei von Interesse. Einmal die Aufforderung, sich von den Gewerkschaften zu emanzipieren, aber doch auf „christlich-nationaler" Grundlage stehen zu bleiben. Es war also nur ein halber Schritt. Zwar ließ man später auch diese Bezeichnung noch fallen, in Wirklichkeit aber ist dies, wie später noch zu zeigen sein wird, auch heute noch die Flagge, unter der der neue Verband auch heute noch segelt. Weiterhin ist von Interesse die Aufforderung zur „Zentralisation". Es ist dies ein Bekenntnis zur modernen Konsumvereinsbewegung, im Gegensatz zur alten Schulze-Delitzschen Richtung, die sich im Allg. Verband verkörpert. In der Tat ist diese Bestrebung durchaus der des Zentralverbandes analog, nämlich der Einführung der sog. „Bezirkskonsumvereine", auf die wir noch zurückkommen werden.

Die gehegten Hoffnungen sollten sich jedoch sobald noch nicht erfüllen. Zwar wurde der Verband am 13. August 1905 in Köln gegründet unter dem Namen „Rheinisch-westfälischer Verband nationaler Konsum- und Produktivgenossenschaften". Doch sah man bald ein, daß ein Verband von 27 Vereinen mit einigen Tausend Mitgliedern und etwa 1 Million Mk. Umsatz kein recht lebensfähiges Gebilde war. Man kam des-

halb auf den an zweiter Stelle erwogenen Plan zurück, nämlich man entschloß sich, dem „Verbande der rheinpreußisch-landwirtschaftlichen Genossenschaften“ (Sitz Bonn) beizutreten. Innerhalb dieses Verbandes bildeten die Konsumvereine eine eigene Abteilung. Der bereits bestehenden Bezugskommission für landwirtschaftliche Artikel wurde eine Abteilung für Lebensmittel angegliedert. Auch die Genossenschaftsbank stand den Konsumvereinen zur Verfügung. So hatten diese in der Tat viele Vorteile und nicht zuletzt die Erfahrung der Verbandsleitung zur Seite. Und so hatte die christliche Konsumvereinsbewegung Zeit, sich zu sammeln und zu stärken. Die Ausdehnung auf westfälisches Gebiet gab den erwünschten Anlaß zur Trennung von dem Bonner Verband, um so mehr, als ja inzwischen die ganze Bewegung sich gekräftigt hatte. Am 27. Dezember 1908 wurde endlich das Sehnen der christl. Konsumvereine verwirklicht. In Düsseldorf gründete sich an diesem Tage der „Verband westdeutscher Konsumvereine“. Die Begrenzung war, wenigstens formal, nur mehr eine lokale. Der neue Verband entwickelte sich, besonders dank der tüchtigen Leitung seines Führers, recht günstig. Bei der Gründung gehörten ihm an 48 Vereine mit 28 540 Mitgliedern und 7 582 419 Mk. Jahresumsatz. 1911 zählte er bereits 90 Vereine und 52 715 Mitglieder. Der Umsatz betrug 16,8 Mill. Mark. Charakteristisch für den Verband ist die Unzahl kleiner Vereine, die ihm angehören. Zweifellos aber dürfte es ihm gelingen, durch fortschreitende Zentralisation wirklich lebensfähige Vereine daraus zu machen und so die ganze Bewegung zu beträchtlicher Entfaltung zu bringen.

Kapitel II.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der rheinisch-westwestfälischen Konsumvereine.

Eine getrennte Darstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit jedes der drei rheinisch-westfälischen Konsumvereinsverbände erübrigt sich, da die wirtschaftlichen Ziele der beiden bedeutendsten Verbände, des Westdeutschen- und des Zentralverbandes, sich decken. Es wird nur auf den Unterschied von dem dritten in Betracht kommenden Verband einzugehen sein, dem „Verbande rheinisch-westfälischer Konsumvereine“, der, wie wir sahen, auf Schulze-Delitzscher Genossenschaftsidee beruht. Wir wiesen schon darauf hin [1]), daß der Hauptunterschied zwischen diesem und der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung der ist, daß er den Konsumgenossenschaftsgedanken mit einer gewissen Halbheit verfolgt, diese dagegen bestrebt ist, alle in ihr ruhenden Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Jene Richtung ist, nicht zuletzt durch ihre Zugehörigkeit zum Allg. Verband, geneigt, den mit ihr unter einem Dache wohnenden Kleinhändlern Konzessionen zu machen, und verurteilt sich so selbst zur Mittelmäßigkeit. Diese dagegen verfolgt rücksichtslos und konsequent ihr Ziel.

Eine getrennte Betrachtung jedoch der Leistungen und Tendenzen beider Richtungen erscheint uns nicht zweckmäßig, und so beschränken wir uns darauf, die gegensätzlichen Auffassungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen an geeigneter Stelle hervorzuheben.

Gleich bei der Gründungsfrage ist bei beiden Richtungen ein fundamentaler Unterschied in der

1) S. oben.

Auffassung zu konstatieren. Bei der Frage, wo und ob ein Konsumverein am Platze ist, gehen beide von ganz verschiedenem Standpunkt aus. Die ältere Richtung, d. h. also der Allg. Verband, glaubt eine Gründung nur dann gerechtfertigt, wenn der Handel seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Die Konsumvereine bilden also nur eine Ergänzung des Kleinhandels. Die moderne Richtung dagegen, d. h. der Zentralverband und der Westdeutsche Verband, gehen schlechthin von dem Standpunkt aus, daß die heutige Form des Kleinhandels überhaupt versagt, und so ergibt sich die Beantwortung der Bedürfnisfrage ganz von selbst: Ein Konsumverein ist eben überall am Platze, wo die nötigen Mitglieder sich einfinden. Prof. Krüger, der Leiter des Allg. Verbandes, schreibt zu dieser Frage [1]):

„Man begnügt sich im Zentralverband nicht mit den theoretischen Erwägungen, ob und wie der Handel aus der Welt zu schaffen und durch die Organisation der Konsumvereine zu ersetzen ist, man zieht die praktischen Konsequenzen, indem man bestrebt ist, einerseits ohne lange Prüfung auf das Bedürfnis hin Konsumvereine ins Leben zu rufen, andererseits die bestehenden Konsumvereine zu einer möglichst schnellen Entwicklung zu bringen."

Und kurz vorher sagt er:

„Wir bekämpfen mit den Konsumvereinen nicht Handel und Gewerbe; wir sehen nicht in jedem Händler einen profitsüchtigen Menschen, der die anderen ausbeutet und ausnutzt; für uns handelt es sich daher auch nicht um den Kampf gegen den Gewinn."

Zur Würdigung dieser Erklärung sei ihr eine andere Erklärung des Allg. Verbandes aus früherer Zeit gegenübergestellt. Auf dem Allg. Genossenschaftstage in Baden-Baden 1901 erklärte die Leitung des Verbandes:

1) Krüger: Die ersten 50 Vereins- und Genossenschaftstage des Allg. Verbandes. 1910. S. 134.

„Das Verlangen der Gegner, die Errichtung eines Konsumvereines abhängig zu machen von der Prüfung des Bedürfnisses, bedeutet für die minderbemittelten Klassen eine Beschränkung in der Beschaffung der Lebensmittel und steht im Widerspruch mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen des Genossenschaftsrechts, des Handelsrechts und der Gewerbeordnung."

Diese widerspruchsvollen Erklärungen dürften sich nur aus der eigenartigen Organisation des Allg. Verbandes erklären. Man mag und kann die Bedürfnisfrage von verschiedenem Standpunkt aus anfassen, das eine steht aber doch wohl fest: hat man sie bejaht, so muß man dem Konsumverein auch das Recht einräumen, es „zu einer möglichst schnellen Entwicklung zu bringen", falls man ihn nicht von vornherein zur Halbheit verdammt wissen will. Es kommt eben hier so recht die Halbheit des ganzen Systems zum Ausdruck. Auch im Tempo der Entwicklung soll die eine Bestrebung der anderen Konzessionen machen. Die Konsequenz dieser Auffassung läßt sich denn auch in der Praxis leicht wahrnehmen. Obwohl die Vereine des Allg. Verbandes bei weitem älter sind, als die der beiden anderen Verbände in Rheinland-Westfalen, so bleibt ihre Entwicklung doch weit hinter diesen zurück. Folgende Tabelle gibt uns ein Bild von den Größenverhältnissen der Vereine nach ihrem Umsatz im Jahre 1910:

Mark	Zentralverb.	Allg. Verb.	Westd. Verb.
bis 30 000	8	3	12
30—50 000	5	5	13
50—100 000	11	8	19
100—200 000	15	10	15
200—500 000	2	10	8

Mark	Zentralverb.	Allg. Verd.	Westd.Verb.
500—1 000 000	6	1	3
1—2 000 000	5	1	—
2—4 000 000	2	—	2
4—6 000 000	2	—	—
über 6 000 000	1	—	—
berichtende Vereine	57	38	72

Wir haben also im Zentralverband 10 Vereine mit mehr als 1 Mill Mk. Umsatz, im Westdeutschen Verband 2 und im Allg. Verband nur 1 Verein. Das Schwergewicht liegt natürlich bei allen Verbänden noch zum größten Teile bei den kleinen und mittleren Vereinen, allein es ist sicher kein Zufall, daß der Allg. Verband nur 1 Verein mit etwas mehr als 1 Mill. Mk. Umsatz aufzuweisen hat, während die anderen Verbände Vereine haben, die bereits viele Millionen umsetzen. Wir sehen hier die Theorie in die Praxis umgesetzt. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu entscheiden, wo die richtige Auffassung vorherrscht, da man eben über die Aufgaben der Konsumvereine verschiedener Meinung sein kann. Sicherlich aber beruht die Auffassung der modernen Konsumvereinsrichtung nicht auf ungesunder Basis. Die Möglichkeit der schnellen Entwicklung folgt aus dem Wesen des Konsumvereins. Geschieht doch die Eröffnung neuer Geschäftsstellen nicht nach den Regeln privater Geschäftspolitik. Von einem Risiko kann kaum die Rede sein. Der Wunsch nach neuen Verkaufsstellen geht meist von den Mitgliedern aus, und so trifft der Verein infolgedessen einen gesicherten Absatz an [1]). Es wird jedoch nicht selten das riesig anschwellende Filialennetz der größeren Vereine als eine ungesunde Erscheinung hingestellt. Wie wenig das zutrifft, ersehen wir aus folgender Tabelle. Der Bürger- und

1) Conf. Göhre: Arbeitskonsumvereine 1910. S. 557 ff.

Arbeiterkonsumverein „Eintracht“ in Essen a. d. R. hatte

	Verkaufsstellen	Durchschnittsumsatz pro Verkaufsstelle
1902	1	15 574
1903	2	35 524
1904	7	41 230
1905	11	84 064
1906	12	114 354
1907	20	119 536
1908	28	130 184
1909	34	133 152
1910	47	130 000

Die schnelle Ausbreitung der Konsumvereine beruht eben darauf, daß die von ihnen zu lösenden Aufgaben einfacher als die der Privatbetriebe sind. Sie haben ein geringeres Risiko gegenüber der zu erwartenden Kundschaft und einen meist gleichförmigen Geschäftsbetrieb. Eine Filiale gleicht im Wesentlichen der anderen, da auch die Kundschaft meist der gleichen sozialen Schicht entstammt.

Weiter entstehen diese Filialen unter der einheitlichen geschäftskundigen Leitung der Zentrale. Viele kleinere selbständige Vereine werden auch, wenn sie nicht recht vorwärts kommen, von den größeren Vereinen aufgenommen, und so entstehen in größeren Städten wahre Riesenvereine, die Dutzende von Verkaufsstellen besitzen. Die Verwaltungsschwierigkeiten wachsen bei weitem nicht in dem Maße, wie der Verein sich ausdehnt. Zum mindesten wachsen sie nicht so sehr qualitativ, als quantitativ. Zu einer pessimistischen Beurteilung dieser „möglichst schnellen Entwicklung“ liegt also unseres Erachtens kein Grund vor. Wir haben es hier vielmehr mit einer Erscheinung zu tun, die nicht nur den Vereinen Rheinlands (zwar hier in ganz be-

sonderer Weise), sondern überhaupt der modernen Konsumvereinsbewegung eigen ist und auch in England eine große Rolle spielt, nämlich mit den „Bezirkskonsumvereinen".

Göhre weist auf diese neuere Tendenz der Konsumgenossenschaftsbewegung kurz hin und kommt zu der Meinung, daß binnen kurzem ganz Deutschland mit Bezirkskonsumvereinen überzogen sein werde [1]). Ob diese Erwartung sich erfüllt, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls liegen die Verhältnisse nicht überall so günstig wie in Rheinland-Westfalen, wo diese Erscheinung schon heute zum Teil eine ins Große gehende Form angenommen hat. Sie sind, wie Kaufmann, der Leiter des Zentralverbandes sagt, nur dort möglich, wo es sich um ein von Industrie durchsetztes Gebiet handelt [2]). Diese Möglichkeit liegt naturgemäß besonders in Rheinland-Westfalen vor. Wie weit diese Entwicklung hier bereits gediehen ist, geht daraus hervor, daß das ganze Kohlengebiet nur noch etwa ein halbes Dutzend selbständiger Vereine aufzuweisen hat. Allein die „Eintracht" in Essen verbreitet sich über 20 Gemeinden, darunter 5 Großstädte. Auf der einen Seite erstreckt sie sich bis Duisburg, auf der anderen bis Recklinghausen. Auch der Konsumverein Dortmund-Hamm erstreckt sich über 30 km im Umkreis. Ebenso die „Hoffnung" in Köln, die sich auf der einen Seite bis Godesberg, auf der anderen bis Schlebusch-Kempen ausdehnt, also ebenfalls auf ein Gebiet von 40 bis 50 km Durchmesser.

Die Meinungen über den Wert dieser neuen Erscheinung sind geteilt. Bei der Kürze des Bestehens der Bezirkskonsumvereine läßt sich wohl zur Zeit ein endgültiges Urteil nicht fällen. Es ist ohne weiteres klar, daß diese Einrichtung große Vorteile im Gefolge hat. Man denke nur an den konzentrierten und dadurch verbilligten Einkauf, sowie an die einheitliche Verwaltung, die in der Regel einen viel weiteren Blick hat und daher die Bedürfnisse und vor allem auch Mängel der angeschlossenen Vereine leichter übersieht. Natürlich wachsen damit auch die Ansprüche an die Verwaltung, und diese kann allerdings, wie Wygodzinski mit Recht betont, gut oder schlecht sein [1]). Die Verwaltung an sich dürfte aber wohl kaum größere Schwierigkeiten bieten, denn das Wachstum geschieht doch fast immer in derselben Linie, es ist ein gleichförmiges und daher leicht übersehbares. Freilich ist nicht zu übersehen, daß die großen Vereine ihren Aufgabenkreis auch vielfach erweitern, so wenn sie zur Eigenproduktion übergehen, Metzgereien, Bäckereien, Molkereien etc. anlegen. Aber diese Schwierigkeiten bestehen dann immer nur für den Anfang und bleiben sich mit der Ausdehnung des betreffenden neuen Geschäftszweiges gleich. Überhaupt bieten die Übergangs- und Versuchsjahre die größten Schwierigkeiten, sowohl sachlich als auch hinsichtlich der neuen Organisation der Verwaltung. Am fühlbarsten wird die pekuniäre Seite. Denn der Übergang von der ehrenamtlichen zur besoldeten Verwaltungstätigkeit fordert große Opfer von den Vereinen. Deutlich kann man an dem Anschwellen der Geschäftslasten diesen Entwicklungsprozeß bei den einzelnen Vereinen verfolgen. Von 1905—1910 schwoll diese Ziffer bei den rheinisch-westfälischen Vereinen des Zentralverbandes an von 7,3 auf 9,3%. Die Durchschnittsziffer des Allg. Verbandes dagegen ist sich mit 4,4% gleich geblieben. Allerdings lassen sich beide Ziffern nicht

1) Göhre: Arbeiterkonsumvereine 1910, S. 522.
2) Jahrbuch des Zentralverbandes 1907, Bd. II, 321.

1) Wygodzinski: Des Genossenschaftswesen in Deutschland, 1911, S. 278.

ohne weiteres vergleichen, da letztere lediglich die Verwaltungskosten enthält. Die entsprechende Ziffer des Zentralverbandes betrüge 8,1%. Doch auch so ist ein Vergleich nicht vollkommen. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß der Durchschnittsumsatz des Mitglieds bei dem Allg. Verband beträchtlich höher ist als im Zentralverband, nämlich 320 Mk. pro Mitglied dort und 260 Mk. hier. Bei gleichem Umsatz würde sich die Ziffer der Verwaltungsunkosten im Zentralverband auf 7,3% ermäßigen. Trotzdem ist sie noch erheblich höher, was in der Hauptsache nur aus dem erwähnten Übergang von ehrenamtlicher zu besoldeter Verwaltungstätigkeit zu erklären ist. So konnte der Bericht des Allg. Verbandes im Jahre 1910 noch schreiben:

„Die Verwaltungskosten sind dank der ehrenamtlichen Tätigkeit, wie sie von den Genossen noch fortgesetzt in erfreulichem Maße geübt wird, niedriger als in jedem Kleinhandelsgeschäft."

Inwieweit diese ehrenamtliche Tätigkeit eine erfreuliche ist, mag dahingestellt bleiben. Zwar erhält das Mitglied dadurch eine höhere Dividende, allein bei Licht betrachtet, ist dieser Mehrgewinn oft nur ein scheinbarer. Ganz abgesehen von dem ideellen Gewinn, den eine rationelle Verwaltung für die Genossenschaft von meist Angehörigen der unteren Klassen hat, und der Tatsache, daß eben doch dadurch eine Menge neuer, gut bezahlter Stellen geschaffen werden, deren Inhaber für die Konsumvereinsidee wirken werden, ist ein großer Verwaltungsapparat nicht selten ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Wirkungskreis des Vereins sich immer mehr ausdehnt. Wenigstens dann ist das erfreulich, wenn er, gestützt auf tüchtige Kräfte, auf neue Gebiete übergreift und den Mitgliedern durch Lieferung weiterer guten und billigen Waren eine Ersparnis verschafft, die diese sonst zum Bäcker, Metzger etc. bringen müßten.

Auf einem ganz anderen Blatte geschrieben steht allerdings, inwieweit sich eine solche Agglomeration zu Bezirkskonsumvereinen mit dem genossenschaftlichen Gedanken verträgt. Wygodzinski[1]) leugnet dies. Er behauptet, von genossenschaftlicher Verwaltung könne keine Rede mehr sein, auch herrsche in dieser „Republik des Konsums" nicht das Konsumenten-, sondern ein Beamtenregiment. Anderer Meinung ist Göhre[2]), der die Verwaltung als eine „Kollegialkorporation" bezeichnet. Auch Mr. Sidney Webb[3]) bezeichnet die Bezirkskonsumvereinsbewegung mit ihrer „demokratischen Kontrolle als ein weit vorzüglicheres Mittel, eine tüchtige Verwaltung zu sichern, als der Wettbewerb zwischen mehreren in derselben Stadt oder Gegend gelegenen Konsumvereinen."

Uns noch weiter mit dieser Frage zu beschäftigen, würde uns hier zu weit führen[4]). Wir müssen uns damit begnügen, darauf hinzuweisen, daß der Allg. Verband dieser Entwicklung durchaus ablehnend gegenübersteht. Auf dem Allg. Genossenschaftstag in Freiburg 1910 erklärte er:

„So sehr der Allg. Genossenschaftstag die Zersplitterung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung durch Gründung mehrerer Vereine an einem Ort verurteilt, so wenig kann er die planmäßige Ausdehnung einzelner Konsumgenossenschaften über

1) a. a. O. S. 278—99.

2) Göhre: Arbeiterkonsumvereine S. 559.

3) Sidney Webb: Die britische Genossenschaftsbewegung 1893. S. 185.

4) Zur näheren Orientierung über die Organisation der modernen Bezirkskonsumvereine, vgl. Vieth: Bezirkskonsumvereine 1908.

ihre natürlichen Grenzen hinaus und die damit verbundene Aufsaugung und Unterdrückung an sich lebensfähiger kleinerer Einzelgenossenschaften gutheißen. Er erblickt in einem solchen Vorgehen einen Verstoß gegen das innere Wesen der Genossenschaft, insbesondere gegen den wichtigsten genossenschaftlichen Grundgedanken: Selbständigkeit der Einzelgenossenschaft. Er hält dasselbe zudem für nicht mehr vereinbar mit der gegebenen Form der Genossenschaft."

Welches die natürlichen Grenzen der Konsumgenossenschaft sind, hat jedoch diese Erklärung nicht angegeben, und es dürfte auch schwer sein, sie zu bestimmen. Ist die Selbständigkeit kleinerer Genossenschaften das ausschlaggebende Moment, wo ist denn da die Grenze der Unselbständigkeit? Es wären dann konsequenter Weise die meisten Filialen abzulehnen, und es verschlägt dabei gar nichts, ob diese im engeren oder weiteren Stadtbezirk liegen. Daß im Allg. Verband diese Konsequenz nicht allgemein gezogen wird, zeigt schon der ihm angeschlossene Riesenverein in Breslau, der über 20 Mill. Mark umsetzt. Sicherlich könnten statt seiner 30—40 lebensfähiger Vereine existieren.

Wie weit die Konzentration in Rheinland-Westfalen gediehen ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß 10 Vereine des Zentralverbandes ca. 80% der Mitglieder umfassen. Von den übrigen 49 Vereinen mit 103 712 Mitgliedern umfaßt ein jeder durchschnittlich nur 640 Mitglieder. Geradezu zwergenhaft wird diese Durchschnittszahl im Westdeutschen Verband, wenn man von den 2 größten Vereinen, die 1910 etwa 72% der Mitglieder des Verbandes enthielten, absieht; sie beträgt nämlich pro Verein nur 130 Mitglieder [1]).

1) Nach den Geschäftsberichten der einzelnen Verbande.

Gehen wir nun etwas näher auf die Lage und die Leistungen der einzelnen Verbände ein. Einen ziemlich ausführlichen Überblick verschafft uns folgende Tabelle für das Jahr 1910 [1]).

	Zentral-Verband	Allgemeiner Verband	Westdeutsch. Verband
Vereinszahl . . .	59	38 (berichtende)	72 (berichtende)
Mitgliederzahl . .	135 100	24 840	52 715
Eigenumsatz . .	36 022 459	7 812 609	13 946 003
Eigenproduktion .	4 762 463	?	?
Lieferantengeschäft	5 099 198	126 583	2 929 412
Rückvergütung .	2 856 643	855 087	1 305 214
Grundbesitz . .	5 468 905	1 040 455	1 206 375
Geschäftsguthaben	2 047 283	429 994	880 009
Spareinlagen und Anleihen . . .	2 797 145	57 093	201 938
Hypotheken . .	2 582 723	591 391	415 063
Reserven . . .	645 896	282 380	468 883
Steuern	182 753	107 879	57 121

Der bei weitem stärkste Verband ist also der Zentralverband. Sein Gesamtumsatz beträgt etwa 41 Mill. Mk. Freilich ist er im Verhältnis zu der Mitgliederzahl des Verbandes nicht so groß wie der des Allg. Verbandes. Dies liegt daran, daß, wie bereits hervorgehoben, der Durchschnittsumsatz pro Mitglied dort niedriger ist als hier. In den einzelnen Verbänden beträgt er 1910:

Zentralverb.	Allg. Verb.	Westd. Verb.
266,6 Mk.	320 Mk.	264,5 Mk.

Die Klage über den geringen Durchschnittsumsatz gehört zum eisernen Bestand der Verbandsberichte. Freilich besagt die bloße Zahl nicht alles;

1) Aus den Geschäftsberichten zusammengestellt.

es ist nämlich zu berücksichtigen, daß den Vereinen, namentlich des Zentralverbandes, eine Menge Mitglieder angehört, die überhaupt nichts bei dem Verein einkaufen. Diese sog. „Papiersoldaten", die mitunter 20% und mehr eines Vereins ausmachen, drücken natürlich erheblich den Durchschnittssatz. Die Erscheinung hängt damit zusammen, daß dem Zentralverband viele freie Gewerkschaften beitreten, die in ihm eine sozialdemokratische Organisation erblicken. Ihr bloßer Beitritt erscheint ihnen daher als eine Art Ehrensache, wenn ihnen auch der Genossenschaftsgedanke völlig gleichgültig ist.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Grund, weshalb der Durchschnittsumsatz nicht höher ist, ist die konsequent durchgeführte Barzahlung. Wir hatten schon einmal Gelegenheit, auf dies Moment hinzuweisen, nämlich bei den Zechenkonsumvereinen [1]). Der dort erwähnte Artikel der „Glück auf" schreibt darüber [2]):

„Von welcher Wirkung allein die Einführung der Barzahlung bei einzelnen Vereinen und Anstalten gewesen ist, kann man daraus entnehmen, daß zufolge dieser Maßnahme der Warenumschlag pro Jahr allgemein sofort um mehr als die Hälfte zurückging. Die Mehrzahl der Arbeiterfrauen will sich nicht daran gewöhnen, die Ausgaben für den Einkauf mit dem jeweiligen Monatsverdienst des Mannes in Einklang zu bringen."

Wer die Verhältnisse des Industriegebiets kennt, kann hierüber nicht erstaunt sein. In der Tat ist die Einführung der Barzahlung ein ebenso starkes Hemmnis für das Durchdringen der Konsumvereinsbewegung im Industriegebiet, wie sie ein wahrer

1) S. oben.
2) „Glück auf" 1898, Nr. 18.

Segen für die Arbeiterschaft, aber auch für die Geschäftswelt bedeutet. Hätte die Konsumgenossenschaft nur diese Aufgabe zu lösen, so würde sie sich große Verdienste um unser Wirtschaftsleben erwerben. Daß sie bereits viele Erfolge zu buchen hat, wird niemand leugnen.

Wir müssen es uns nun versagen, des näheren auf die rein geschäftliche Tätigkeit der Vereine einzugehen, zumal sie ja der der übrigen deutschen Konsumvereine nachgebildet ist und daher fast ganz gleicht. Nur ihre Bestrebungen zur Durchführung der Eigenproduktion sind zum Teil charakteristisch und darum einer kurzen Würdigung wert.

Das Gebiet der Eigenproduktion ist bekanntlich auch ein viel umstrittenes. Namentlich wird natürlich von Seiten der Handwerker dagegen Sturm gelaufen. Ja man drängt sogar auf ein staatliches Verbot dieser Tätigkeit. Diesem Gedanken liegt jedoch eine durchaus mittelalterlich-zünftlerische Tendenz zu Grunde. Falls überhaupt ein plausibler Grund vorläge, die Warendistribution von der Warenproduktion zu trennen, wie wäre es heute überhaupt noch möglich, eine solche Trennung reinlich durchzuführen? Es ist diese Erscheinung vielmehr eine Tendenz unseres heutigen, auf Arbeitsvereinigung gerichteten Wirtschaftslebens, und die Folgen eines konsequent durchgeführten Verbotes wären unübersehbar. Oder sollen allein die Konsumvereine wieder die Sündenböcke sein? Nur wenn man das Existenzrecht der Konsumgenossenschaften überhaupt verneint, kann man ihnen auch das Recht auf Eigenproduktion verweigern. Zwar ist anzuerkennen, daß vielen kleinen Handwerkern durch die Eigenproduktion der Konsumvereine das Leben versauert wird, allein es kann doch niemandem das Recht auf Konkurrenz bestritten werden. Das hieße ja, die

schlimmsten Zeiten der Zunftwirtschaft wieder heraufbeschwören.

Sehen wir uns nun die Leistungen der Konsumvereine Rheinland-Westfalens auf diesem Gebiet etwas näher an, so fällt unser Blick zuerst auf die vielen Bäckereianlagen. Die Eigenbäckerei findet am schnellsten Eingang und hat sich auch bisher als am meisten rentabel gezeigt. Es erübrigt sich hier, nach den eingehenden Schilderungen Göhres, näher darauf einzugehen, denn die Konsumvereinsbäckereien gleichen einander fast wie ein Ei dem andern. Von Interesse wird es nur sein, auf eine Berechnung hinzuweisen, die der Konsumverein „Eintracht" in Essen über die Rentabilität seines Bäckereibetriebes und den Nutzen für die Mitglieder angestellt hat [1]).

Er geht von der Tatsache aus, daß nach den Aufstellungen Calvers die Brotpreise trotz Sinkens der Getreidepreise gestiegen sind. Während nämlich der Preis des Getreides von 1909—1911 in den größeren Städten Rheinland-Westfalens um 3—5 Pfg. fiel, stieg der Preis des Brotes in dieser Zeit um 3—5 Pfg.

Der Konsumverein „Eintracht" legt dar, daß er im ganzen Bezirk die höchsten Löhne bezahlt, die längsten Ferien (bis zu 14 Tagen) unter Fortzahlung des Lohnes gewährt und in 3 Schichten von je acht Stunden einschließlich 20 Minuten Mittagspause arbeiten läßt. Trotz dieser gesteigerten Lasten hat er mit dem Sinken des Mehlpreises eine korrespondierende Erhöhung des Brotgewichts eintreten lassen. Diese Gewichtsvermehrung betrug nach jener Aufstellung für Roggenbrote im Preise von 38—110 Pfg. 58—390 g, für Weizenbrot im Preise von 25—150 Pfg.

1) Konsumgenossenschaftl. Rundschau, 19011, 2. Okt.

45—295 g. Dadurch erhielten die Mitglieder bei gleichbleibenden Brotpreisen und einer Gesamtjahresproduktion (1910/11) von 2 706 900 Stück Roggenbrot ein Mehrgewicht von 377 274 kg, was einer Brotmenge von 98 495 Mk. Wert entspricht. Die Gesamtproduktion des Weizenbrotes betrug 619 200 Stück, die Gewichtserhöhung 45 078 kg im Wert von 20 418 Mk. Dies ist der positive Gewinn, wozu dann noch die gewährte Rückvergütung von ca. 138 000 Mark kommt. Da aber die Genossenschaft die Brote zum alten Preise weiterverkauft, die Privatbäckereien jedoch 3 Pfg. (in Essen) mehr nehmen, so beträgt die Ersparnis der Mitglieder der „Eintracht" 165 000 Mk., die sie sich als weitere Ersparnis buchen können. Der Gesamtgewinn der Mitglieder beträgt also 1910/11:

Backwarenumsatz-Rückvergütung	138 000 Mk.
Mehrbrotgewicht	118 913 Mk.
Ersparte Ausgaben	165 000 Mk.
	Sa. 421 913 Mk.

Würden die Genossenschaftsmitglieder ihren Brotbedarf anstatt im Verein bei Privatbäckereien decken, so hätten sie, da diese 3 Pfg. teurer verkaufen, bei einem Gesamtverbrauch von 5,5 Mill. kg etwa 2 Millionen Mk. zu bezahlen. Durch Deckung ihres Bedarfs im Verein ersparen sie etwa 20%.

Es ist hier der Ort, noch einmal auf das oben Gesagte hinzuweisen, wo von den Vorteilen die Rede war, die bei Ausdehnung des Geschäftsbetriebes den Mitgliedern zugute kommen, trotz scheinbarer Verringerung der Dividende infolge der gesteigerten Verwaltungskosten [1]). Freilich ist auch der Bäckereibetrieb das relativ einfachste Problem der Eigenproduktion der Konsumvereine.

1) S. oben.

Weit komplizierter und schwieriger ist die Einführung einer Molkerei. An sich schon ist ein solcher Betrieb viel umständlicher, und außerdem fehlt es auch noch vollständig an der nötigen Erfahrung auf diesem Gebiet. Denn erst in neuerer Zeit wagen es die Konsumgenossenschaften, an dieses Problem ernsthaft heranzutreten, und vollkommen gelungen ist die Lösung wohl noch keinem. Selbst ein so gut geleiteter Riesenverein wie der Konsumverein in Basel setzt bei einem Umsatz von 50 bis 60 000 l täglich noch etwa $^3/_4$ Mill. Mk. jährlich zu. Da ist es nun ein Konsumverein in Rheinland, dem eine einigermaßen befriedigende Lösung gelungen zu sein scheint, nämlich die schon oft genannte „Eintracht" in Essen a. d. R.

Auch sie mußte den endgültigen Erfolg mit Verlusten und Enttäuschungen im Anfang — sie betreibt diesen Zweig der Eigenproduktion seit 1906 — bezahlen. Man erwarb 1909 eine Molkerei in Legden i. W. (79 km von Essen), die bis dahin der „Kölner Meierei vereinigter Landwirte in Köln" gehört hatte, für den Preis von 75 000 Mk. und änderte sie allen Anforderungen moderner Hygiene entsprechend um, sodaß der Geschäftsbericht des folgenden Jahres mit Stolz behauptet, die Molkerei der „Eintracht" sei nicht nur die größte, sondern auch die schönste in ganz Rheinland-Westfalen. Näher auf die Anlage hier einzugehen, müssen wir uns versagen; es sei nur ein Wort über ihre Rentabilität gesagt [1]).

Der gesamte Milchvertrieb des Jahres 1910 betrug 1 296 590 l, also pro Tag etwa 3600 l. Die Molkerei ist jedoch für eine Produktion von 15—20 000 l täglich eingerichtet. Die Anlage wird also nur zum fünften Teile ausgenutzt, was natürlich für die Rentabilität sehr erschwerend ins Gewicht fällt. Der

1) Nach den Geschäftsberichten und Rundschau 1911, Nr. 6.

Hauptgrund für diese geringe Ausnutzung ist in dem geringen Interesse der Mitglieder zu suchen. Obwohl die Genossenschaft 1 Pfg. unter Ortspreis verkaufte (20 Pfg. das Liter im Jahre 1910) und auf den Einkauf 4% Rabatt gewährte, beteiligten sich von 8600 in Betracht kommenden Mitgliedern der Genossenschaft nur 2500, also nur 29,1%. Auch hier dürfte wohl das Moment ins Gewicht fallen, das wir schon mehrfach als ein retardierendes für die Konsumgenossenschaftsentwicklung hervorhoben, die Barzahlung. Gerade im Milchgeschäft ist die Lieferung auf Kredit die Regel und zweifellos auch mit vielen Annehmlichkeiten verbunden. Es wird daher den Konsumenten um so schwerer, sich an die alten, abgerundetn, geringen Barzahlungen zu gewöhnen. Alles in allem aber hat der Verein schon mit diesem Ergebnis eine ziemlich befriedigende Lösung der Milchfrage herbeigeführt, da er doch als erster in der Lage ist, eine Rückvergütung von 4% zu gewähren.

Mit der Lösung dieser Frage ist zugleich noch ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Eigenproduktion getan. Denn mit der Molkerei läßt sich recht gut eine Schweinemästerei verbinden, und damit tritt man der Lösung eines anderen, nicht minder nützlichen, aber auch nicht weniger schwierigen Projektes als der Molkerei näher, nämlich der Einrichtung eigener Metzgereien. Die „Eintracht" hat denn auch mit ihrer Molkerei ziemlich ausgedehnte Schweinemästerei verbunden, und die Einrichtung einer eigenen Metzgerei dürfte nur eine Frage kurzer Zeit sein. Freilich gibt auch der Metzgereibetrieb den Genossenschaften viele Nüsse zu knacken auf. So recht befriedigende Ergebnisse hat noch keine zu verzeichnen. Wenn Göhre [1]) von dem Leipzig-

1) Göhre: Arbeiterkonsumvereine S. 412.

Plagwitzer Verein berichtet, daß er 3% Dividende auf Fleischwaren gibt, so beruht das eben auf dem Umstand, daß dort fast nur Wurstfabrikation betrieben wird. Eine vollkommene Metzgerei besitzt zur Zeit noch kein Verein Deutschlands. Es fehlt freilich nicht an Versuchen. So hat in neuester Zeit der Konsumverein „Hoffnung" in Köln eine Metzgerei errichtet mit einem Aufwand von 500 000 Mk. Aber auch dieser Verein beschränkt sich hauptsächlich auf die rentablere Wurstfabrikation. Wohl verkauft er auch frisches Fleisch, aber nur gegen vorherige feste Bestellung der Mitglieder in den einzelnen Verkaufsstellen. Auf diese Weise ist das Risiko des Absatzes und des damit riskierten Verderbens gemindert. Trotzdem sind noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Denn der Verkauf von frischem Fleisch kann unmöglich auf die Dauer in den gewöhnlichen Verkaufsstellen geschehen, da die Fleischwaren am leichtesten den Geruch der Umgebung, also in diesem Falle der Kolonialwaren, annehmen und gar leicht dem Verderb ausgesetzt sind. Auf diese Weise sind in der Tat dem Verein bereits beträchtliche Verluste entstanden. Zur Errichtung eigener Fleischverkaufsstellen aber bedarf es vorher einer guten Übersicht über den durchschnittlichen Absatz. Dieser betrug aber in den ersten Monaten bereits durchschnittlich 120—130 000 Mk. und dürfte wohl ein gutes Geschäft versprechen, sodaß der vollständige Ausbau des Metzgereibetriebe zu erwarten sein wird. Die eingerichtete Metzgerei ist ein Muster an Sauberkeit und weitgehenden hygienischen Einrichtungen, natürlich auch ein solches in maschineller Hinsicht. Die Schwierigkeiten der Metzgerei beruhen für die Konsumvereine auf den verschiedensten Momenten, die wir hier nur andeuten können. Einmal fehlt es an der nötigen Erfahrung und Fachkenntnis; daher geht

man neuerdings dazu über, Fachleute ‚möglichst selbständig gewesene Metzger, zu engagieren. Hauptsächlich spielt der günstige Vieheinkauf eine große Rolle in der Rentabilitätsfrage. Dabei haben die Konsumvereine noch die Schwierigkeit, daß sie nur erstklassiges Material verarbeiten, was natürlich die Unkosten erhöht, denn sie dürfen nicht teuerer verkaufen als die Privatbetriebe.

Von großer Wichtigkeit ist ferner der Umstand, daß die Arbeitsbedingungen der Angestellten ganz andere sind als in Privatbetrieben. Im Großen und Ganzen kann man sagen, daß auf diesem Gebiet der Privatunternehmer mit all seinen Schatten- und Lichtseiten dem Genossenschaftsbetrieb nicht unterliegen wird. Zur Zeit allerdings ist die weitere Entwicklung noch schwierig zu übersehen.

Die übrigen Formen der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion erstrecken sich auf minder wichtige Artikel. Im Ganzen beteiligten sich von den Vereinen des Zentralverbandes 13 an dieser Bestrebung.

Eine Bäckerei hatten	9	Vereine,
Metzgerei	1	„
Kaffeerösterei	3	„
Molkerei und Schweinemästerei	1	„
Brauselimonadefabrik	1	„

Von den Vereinen des Allg. Verbandes hatten 5 eine Bäckerei, 1 eine Destillation. Der Bericht des Westdeutschen Verbandes gibt darüber keinen Aufschluß, doch haben einige Vereine Bäckerei.

Im Zusammenhang mit der Eigenproduktion wäre noch hinzuweisen auf einzelne Produktivgenossenschaften, die sich dem Zentralverband angeschlossen haben. Vor allem auf die „Rheinisch-westfälische Holzindustrie", die infolge einer Streikbewegung gegründet wurde und

von den Konsumvereinen unterstützt wird. Die meisten Geschäftsguthaben sind in Händen der Konsumvereine des Zentralverbandes. Die Genossenschaft beschäftigt sich hauptsächlich mit Herstellung von Ladeneinrichtungen, die sie auf Bestellung von Konsumvereinen aus ganz Westdeutschland liefert. 1910/11 betrug der Umsatz 270 000 Mk. Davon entfielen 79% auf Konsumvereine, 13% auf Gewerkschaften und Verbände, der Rest auf Private [1]).

5 weitere Produktivgenossenschaften sind dem Verbande angegliedert, und zwar:

eine Tabakarbeitergenossenschaft in Burgsteinfurt,

die Dortmunder Genossenschaftsbäckerei „Vorwärts",

eine Schneiderproduktivgenossenschaft „Solidarität" in Solingen,

die Buchdruckereigenossenschaft Lüdenscheid und

die Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen.

Daß alle diese Genossenschaften keine größere Bedeutung haben (mit Ausnahme der „Holzindustrie") geht daraus hervor, daß sie zusammen nur rund 1 Million Mk. umsetzten.

Ein weiterer vielumstrittener Geschäftszweig der Konsumvereine, gegen den nicht weniger Sturm gelaufen wird, wie gegen die Eigenproduktion, ist das Lieferantengeschäft. Es ist kein eigentliches Tätigkeitsfeld der Genossenschaften, sondern diese spielen vielmehr nur eine Vermittlerrolle. Der Konsumverein schließt nämlich mit einzelnen privaten Geschäften Verträge ab, laut deren sich die betreffenden Geschäfte verpflichten, den Mitgliedern auf den Einkauf ihrer Waren einen gewissen Rabatt

1) Nach dem Geschäftsbericht.

zu geben. Nichts mehr und nichts weniger! Und trotzdem erregt dieses Wirkungsfeld der Konsumvereine solche Entrüstung, die gerade im Rheinland größeren Umfang angenommen und zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen Kleinhandel und Konsumvereinen geführt hat. Es hatte nämlich der Rabattsparverein Mülheim a. Rh. gegen die Konsumgenossenschaften „Eintracht" in Mülheim und „Hoffnung" in Köln Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerb und wirtschaftlicher Erpressung gestellt. Des näheren auf den Verlauf dieses Prozesses einzugehen, ist hier nicht der Ort. Es wird aber keinen ruhig denkenden Menschen überraschen, daß dieses unkluge, von dem bekannten Konsumvereinsgegner Suchsland [1]) inspirierte Vorgehen des Rabattsparvereins nicht den geringsten Erfolg hatte. Es erfolgte vielmehr in allen Instanzen eine vollständige Freisprechung. Von einer Erpressung kann gar nicht die Rede sein, denn die Geschäftsleute drängen sich zum Abschluß solcher Verträge, wie im Prozeß festgestellt wurde. Ebenso erklärten alle Zeugen, daß sie nur Vorteile von dem Lieferantengeschäft hätten. Dieser Gewinn geht natürlich auf Kosten der übrigen Geschäftsleute, und es wäre darum natürlicher, wenn diese ihre Waffen gegen die Störer aus ihren eigenen Reihen richteten. Allein die Schwerter wären in diesem Falle wohl zweischneidig. Beruht nicht das System der Rabattsparvereine auf ganz ähnlicher Basis? „Ihr Nutzen beruht für den Händler auf der Möglichkeit, die Konsumenten von anderen Einkaufsgelegenheiten ab- und an sich zu ziehen" [2]). Ob solche Organisationen

1) Suchsland: Schutz- und Trutzwaffen für den gewerbl. Mittelstand. 1904.

2) Philippowich: Grundriß der polit. Ökonomie. Bd. II², S. 117.

sozialpolitisch wünschenswert sind, kann der Gegenstand verschiedener Auffassung sein. Daß sie nicht unsittlich sind, steht ganz außer Frage. Wie überhaupt moderne Händler, die selbst im Zeitalter der freien Konkurrenz Tag für Tag ihren Profit suchen, wo sie ihn finden, meist natürlich auf Kosten ihrer Konkurrenten, eine solche Sprache führen können, ist ganz unverständlich. Ist nicht dem organisierten Konsumenten billig, was dem Händler recht ist?

Zudem hat das Lieferantengeschäft gar nicht die Bedeutung, wie es nach alldem den Anschein haben könnte. In ganz Rheinland-Westfalen betrug der Umsatz aller Verbandsvereine im Jahre 1910 8 155 193 Mk., also etwa 12,5% des Gesamtumsatzes. Freilich ist in diesem Falle zu berücksichtigen, daß gerade in Köln-Mülheim das Lieferantengeschäft größeren Umfang angenommen hat und daher für den Kleinhandel ziemlich drückend ist. Der Umsatz im Lieferantengeschäft beträgt nämlich bei den beiden in Frage stehenden Konsumvereinen etwa 4½ Mill. Mk., also rund die Hälfte des Umsatzes aller Verbandsvereine und 30% ihres eigenen Gesamtumsatzes.

Im übrigen ist das Lieferantengeschäft ein absterbender Zweig konsumgenossenschaftlicher Tätigkeit. Denn es stellt nur einen Notbehelf dar, und mit der Ausdehnung des konsumgenossenschaftlichen Wirkungsfeldes wird es sich entsprechend verringern. Dies ist auch bei den genannten Vereinen zu konstatieren. So hatte in der „Hoffnung" das Mitglied 1906/07 noch 219 Mk. Durchschnittsumsatz im Lieferantengeschäft gegen 250 Mk. im Eigengeschäft; 1910/11 dagegen nur noch 126 Mk., in ersterem, 258 Mk. in letzterem Geschäftszweig. Daß es freilich ganz verschwinden wird, ist nicht wahrscheinlich, denn nur den größeren Vereinen wird es möglich sein, durch Ausdehnung der Eigenproduktion und Zulegen weiterer Warengruppen den größten Teil der Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie zu decken, und auch ihnen bleibt noch das Hindernis, daß ihre Mitglieder vielfach sehr zerstreut wohnen, ein dezentralisiertes Verkaufssystem bei manchen Waren nicht rentabel wäre. Ein ziemlich wichtiger Artikel für das Lieferantengeschäft sind Manufakturen und Konfektion. Ob man auch diese Artikel dem Eigengeschäft der Konsumvereine würde angliedern können, galt bisher, teils wegen der sachlichen Schwierigkeiten, teils wegen der drohenden Warenhaussteuer, für sehr unwahrscheinlich. Aber auch diese Frage scheint nunmehr in ein neues Stadium getreten zu sein. Wiederum ist es die oft genannte „Eintracht"-Essen, die sich zur Schrittmacherin der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung machen will. Trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten trägt die Verwaltung sich mit dem Gedanken, in ihrem Geschäftsbezirk auch das Manufaktur-, Schuh- und Konfektionsgeschäft in größerem Stil zu eröffnen und große Kaufhäuser zu errichten. Die dicht bevölkerten Arbeiterzentren des Industriegebiets dürfte diesem Plane günstig sein. Es ist allerdings zu erwägen, daß, ohne der Warenhaussteuer zu unterfallen, der bisherige Warenverkehr der Konsumvereine bereits den größten Teil der Bedürfnisse eines Arbeiterhaushalts zu decken vermag, und daß die geplante Erweiterung nur einen geringen weiteren Teil decken wird. Ob der Verein trotz dieser relativ geringen Geschäftserweiterung die sehr drückende Warenhaussteuer wird tragen können, muß die Zukunft lehren.

Werfen wir nun zum Schlusse unserer kurzen Darstellung der hauptsächlichsten wirtschaftlichen Bestrebungen der rheinisch-westfälischen Konsum-

vereine einen Blick auf das finanzielle Ergebnis ihrer Tätigkeit. Wie verhalten sich vor allem ihre Unkosten zum Gewinn oder besser zu dem „Ersparnis"?

Schon die früher besprochene Steigerung der Verwaltungsunkosten in den modernen Riesen-Konsumvereinen sagt uns, daß damit naturgemäß sich auch die Generalunkosten erhöht haben müssen. Denn sie stellen ja den Hauptposten der Betriebslasten dar. Ein weiterer wichtiger Posten, der besonders bei einzelnen Vereinen recht drückend werden kann, ist das Steuersoll. Die Behauptung, daß die Konsumvereine keine oder nur wenige Steuern bezahlen, entspringt der Unwissenheit oder Bosheit. Sicher ist, daß ihre Steuerpflicht schon jetzt recht erheblich, bei einzelnen Vereinen sogar recht drückend ist. Trotzdem bisher der von den Vereinen auf die Waren von vornherein gewährte und nur aus Utilitätsgründen beim Einkauf erhobene Rabatt von meist 6—8% steuerfrei ist, stieg in den letzten Jahren die Steuerpflicht recht beträchtlich. Auf die Einzelgenossenschaft kam 1910 durchschnittlich ein Steuerbetrag von 3206 Mk. im Zentralverband, 2839 Mk. im Allg. Verband und 793 Mk. im Westdeutschen Verband, während die entsprechenden Ziffern 1905 betrugen: 250 Mk. für den Zentralverband, 1430 Mk. für den Allg. Verband. Im Ganzen betrug das Steuersoll aller Verbandsvereine 1910 347 753 Mk. bei einem gesamten Eigenumsatz von ca. 58 Mill. Mk. Nimmt man an, daß an Stelle aller Konsumvereine von diesem Umsatz etwa 1000 mittlere Privatgeschäfte existieren könnten, so dürfte ihr Steuersoll wohl kaum viel höher sein. Es ist aber hierbei noch zu berücksichtigen, daß die von den Konsumvereinen getragene Steuerlast in der Hauptsache auf den Schultern der Gesellschaftsklasse ruht, deren Einkommen sich um das Existenzminimum bewegt.

Rechnen wir zu diesen beiden Posten, den gestiegenen Verwaltungskosten und Steuern, noch die gesteigerten Zinsen und Abschreibungen, so läßt es sich erklären, daß die Gesamtbetriebslasten stark gestiegen sind. Sie betrugen in Prozenten des Umsatzes bei den rheinisch-westfälischen Vereinen des

	1905	1910
Zentralverbandes	7,2	9,3
Allg. Verbandes	6,8	7,8

Wie sehr der Übergang vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb bei den Konsumvereinen sich in gesteigerten Betriebslasten fühlbar macht, ersehen wir z. B. aus den Unkostenziffern des Konsumvereins „Hoffnung" in Köln, die von 8,07% im Jahre 1906 auf 13,54% im Jahre 1909 und 12,70% im Jahre 1910 stiegen. Wenn man die riesige Entwicklung auch dieses Vereins in Betracht zieht — Neubauten, Bäckerei-, Metzgeranlage etc. —, so ist ein derartiges Emporschnellen der Unkostenziffern erklärlich. Trotzdem reichen sie auch nicht entfernt heran an die Ziffern, die die größeren Warenhäuser aufweisen. Prof. Schär gibt die Betriebslasten des Warenhauses Leonhard Tietz in Köln auf 31% an [1]); sie sind also beträchtlich höher als die schon über dem Durchschnitt stehenden Ziffern der „Hoffnung". Erheblich ins Gewicht dürfte allerdings dabei fallen, daß erstere Firma die Warenhaussteuer zu tragen hat, letztere dagegen nicht. Es ist aber andererseits auch zu berücksichtigen, daß die gestiegenen Betriebslasten der Konsumvereine infolge ihres außerordentlich schnellen Wachstums und der damit verbundenen Neuanlagen entstanden sind, und daß sie, da jene einmal vorhanden sind, bei der weiteren Ausdehnung des Umsatzes eher einen relativen

1) Archiv für Sozialwissenschaft und soziale Praxis. Januarheft 1911.

Rückgang als eine weitere Steigerung erfahren werden, es sei denn, daß eine größere Steuerpflicht diese relative Minderung wieder wettmachen würde.

Im umgekehrten Verhältnis zur Steigerung der Betriebslasten steht naturgemäß ein Rückgang der Erübrigungen, wenn nicht andere Momente, wie z. B. günstigerer Einkauf etc., ausgleichend wirken.

Die Rückvergütung betrug in Prozenten des Eigenumsatzes im

	1905	1910
Zentralverband	6,3	7,9
Allg. Verband	11,2	10,9
Westdeutschen Verband	—	9,3

Pro Mitglied betrug die Rückvergütung im

	1905	1910
Zentralverband	13 Mk.	21,— Mk.
Allg. Verband	29 Mk.	34,50 Mk.

Man könnte zunächst erstaunt sein, daß der sicher gut organisierte Zentralverband seinen Mitgliedern eine weit geringere Dividende zukommen läßt, als die übrigen Verbände. Aber daran trägt, wie wir bereits sahen, gerade die fortgeschrittene Organisation die Schuld, namentlich der Übergang von ehrenamtlicher zur besoldeten Verwaltungstätigkeit. Man könnte nun die Frage aufwerfen, ob es nicht besser wäre, bei der alten Organisation, die so hohen klingenden Vorteil bringt, zu bleiben. Falls man die Dividende als das Hauptziel aller genossenschaftlichen Tätigkeit betrachtet, mag diese Frage allerdings berechtigt sein. Aber auch nur von materiellem Standpunkt aus ist die Dividende doch nicht der einzige Zweck der Genossenschaft. Es ist eine oft beobachtete Tatsache, daß gerade die kleineren Vereine die höchsten Dividenden herauswirtschaften.

Es ist aber auch ohne weiteres klar, daß dies, abgesehen von der Ersparnis, die durch ehrenamtliche Verwaltung erzielt wird, nur auf Kosten der Qualität der Waren geschehen kann oder durch höhere Verkaufspreise. Denn ein kleiner Verein ist, selbst bei gleicher Qualität ihrer Waren, nicht in der Lage, Preise zu erzielen wie Vereine mit Millionenumsätzen. Kaufen sie trotzdem billiger ein, so kann nur die geringere Qualität die Ursache sein. Daß gerade im Allg. Verbande hierin nicht selten gesündigt wird, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Verbandsbericht (1910) es für nötig hält, darauf hinzuweisen, daß der geringe Rückgang in den Dividendenziffern eher zu begrüßen als zu bedauern sei. Die Genossenschaften „seien wiederholt darauf hingewiesen, daß es keineswegs das Ziel der Konsumvereine ist, eine möglichst hohe Rückvergütung herauszuwirtschaften, sondern daß es ihre Aufgabe ist, den Mitgliedern gute und billige Lebensmittel zu verschaffen und zu dem Zwecke die Verkaufspreise den Tagespreisen anzupassen“ [1]).

Es ist auch die eigenartige Tatsache zu konstatieren, daß die Vereine des Allg. Verbandes einen durchschnittlichen Bruttoertrag von 18,2% des Gesamtumsatzes aufzuweisen haben, die des Zentralverbandes dagegen nur 14,5%; ja selbst der große, vorzüglich geleitete Konsumverein „Eintracht“ in Essen hatte nur einen Bruttoertrag von 16,5%, obwohl er $^1/_3$ seiner Waren von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bezieht, also infolge dieses zentralisierten Einkaufs doch bedeutend billiger, als die Vereine des Allg. Verbandes. Diese Erscheinung läßt sich nur aus den höheren Verkaufspreisen herleiten, die die letzteren führen. Andererseits sind in den geringer scheinenden Rück-

1) Verbandsbericht 1910.

vergütungen des Zentralverbandes eine Menge Vorteile enthalten, die dem Fernstehenden nicht sofort ersichtlich sind. Wir wiesen schon an anderer Stelle darauf hin, daß die fortschreitende Entwicklung der Eigenproduktion den Mitgliedern großer Vereine neben der ausgezeichneten Qualität der Waren noch Ersparungen bringt, die die Mitglieder kleiner Vereine zum Privatkaufmann tragen müssen. Würde man diese Mehrausgaben von den Vereinsdividenden abziehen, so ergäbe sich ein wesentlich anderes Bild. Außer diesen materiellen Vorteilen kommen den Mitgliedern der großen Vereine noch ideelle zugute, wie sie eben nur eine große genossenschaftliche Organisation zu bieten in der Lage ist. Des näheren hierauf einzugehen müssen wir uns hier versagen. Wir sehen auch ohnedies, daß die Frage, ob die Entwicklung der Genossenschaft zum Großbetrieb infolge ihres damit verbundenen geringeren Dividendenergebnisses zweckwidrig sei, schon aus materiellen Gründen zu verneinen ist. Zudem sahen wir, daß die riesige Entwicklung der Vereine des Zentralverbandes, die gerade in den Jahren 1905—10 erfolgte, trotz der steigenden Betriebslasten eine Steigerung der Rückvergütung im Gefolge gehabt hat, was wohl durch besseren Einkauf bewirkt sein dürfte. —

Die vorhergehende, etwas gedrängte Übersicht über die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Bestrebungen der rheinisch-westfälischen Konsumvereine ergibt, daß diese sich eines bedeutenden Aufschwungs in extensiver und intensiver Hinsicht zu erfreuen haben. Nicht nur die Mitgliederzahl hat sich in überraschender Weise vergrößert, sondern auch die Leistungen und Ziele sind gewachsen. Namentlich die Vereine der modernen Konsumvereinsrichtung haben trotz ihres kurzen Bestehens bereits Erfolge aufzuweisen, die für die Fortentwicklung

der konsumgenossenschaftlichen Bewegung von entscheidender Bedeutung sind, und sie sind somit zu Pionieren der ganzen Bewegung geworden. Es ist aber auch damit ohne weiteres klar, daß hier in Rheinland-Westfalen auch die Opposition gegen die Konsumvereine mit ihren Erfolgen Schritt hält. Denn der Weg der Konsumvereinsbewegung geht über viele vernichtete Existenzen. Aber wo wäre ein Fortschritt, der nicht Bestehendes vernichtete? Und daß die Konsumvereinsbewegung einen Fortschritt in der Versorgung der Konsumenten darstellt, dafür zeugt schon allein die Tatsache, daß der Konsument sich in so steigendem Maße dieser Warenvermittlungsform bedient. Eine andere, hier nicht weiter zu untersuchende Frage ist, ob der Konsumverein sich eine dauernde oder gar entscheidende Stellung in dem Warenverkehr sichern wird. Stehen nicht dem Kleinhandel dieselben Mittel zur Verfügung, durch die die Konsumvereine solche Erfolge erringen? Es dürfte für ihn nützlicher sein, wenn er seine Kraft durch Schwimmen mit dem Strom verstärken wollte, anstatt sie nutzlos gegen den Strom zu vergeuden. Denn nicht mit Unrecht sagt Naumann[1]): „Ohne Zweifel ist der Kaufmann stärker als ein Verein, denn von allen Betriebsarten ist keine so sehr auf freie persönliche Leitung angelegt, als die kaufmännische. Ein vereinsmäßig betriebener Kleinhandel ist stets nur ein Notbehelf, aber gerade deshalb beweist das Aufkommen großer Konsumvereine, wie wenig der individualistische Handel seiner Aufgabe, Konsumentenvertreter gegenüber der Produktion zu sein, gerecht geworden ist!“

1) Fr. Naumann: Neudeutsche Wirtschaftspolitik. S. 123.

Kapitel III.

Die politische und konfessionelle Stellung der Konsumvereine.

Im Vorhergehenden haben wir die Entwicklung und wirtschaftliche Tätigkeit der Konsumvereine in Rheinland-Westfalen geschildert und gesehen, daß diese Vereine trotz ihres kurzen Bestehens schon sehr große Erfolge erzielt haben. Der Höhepunkt ihrer Entwicklung dürfte aber in Anbetracht der äußerst günstigen Verhältnisse in diesem Gebiet, das die größte Bevölkerungsdichte und die bedeutendsten Arbeitermassen in Deutschland aufweist, noch lange nicht erreicht sein. Gerade das Arbeiterelement ist ja das Charakteristikum der modernen Konsumvereinsbewegung, und daher ist es auch erklärlich, daß diese Bewegung in Rheinland-Westfalen so schnell und tief Wurzel fassen konnte. Es ist schwer zu glauben, daß die Konsumvereine allein durch ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einen solchen Aufschwung in Deutschland erlebt hätten. Drei Jahrzehnte lebte die Idee bereits, ohne mehr als winzige Erfolge zu zeitigen. Daran mag in der Tat die geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mitschuld gewesen sein, da die Vereine ihre Kräfte bewußt nicht voll ausbeuteten. Die Hauptschuld aber ist wohl gewesen, daß das Arbeiterelement ihnen fern blieb. Es ist bekannt und bereits hervorgehoben, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei die Konsumvereine verurteilten, und so blieben ihnen die sozialdemokratischen Arbeiter fern, weil ihr Eintritt nicht gewünscht wurde, und die übrigen aus Verständnislosigkeit ebenfalls. Es fehlte der ganzen Bewegung somit an einer energisch treibenden Kraft, an dem Feuer, das nun einmal nötig ist, um die

Massen zu begeistern. Den zündenden Funken brachte aber schließlich die revisionistische Strömung in der sozialdemokratischen Partei. Es war also ein ausgesprochen politisches Moment, das die neuere Konsumvereinsbewegung in entscheidender Weise beeinflußte. Seitdem nämlich den sozialistischen Arbeitermassen der Eintritt in die Vereine empfohlen wurde, ist ein ständiger glänzender Aufschwung der ganzen Bewegung zu beobachten. Die Gründung des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine", der sich zum größten Teil aus sozialdemokratischen Wählern zusammensetzt, ist gewissermaßen der Grundstein des ganzen modernen Konsumvereinsgebäudes. Seine Führer, meist Revisionisten, haben der ganzen Bewegung ihr Gepräge gegeben. Es entstand die sog. „Hamburger Richtung". Ihr Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei muß im Folgenden klargestellt werden, da sie für die politische Haltung zwar nicht des ganzen Zentralverbandes, aber doch seiner wichtigsten Teile maßgebend ist.

Wie zur Gründung des Zentralverbandes politische Gründe und Triebkräfte führten, also nicht allein rein wirtschaftliche Beweggründe, so läßt sich das Gleiche von der anderen modernen Konsumvereinsrichtung sagen, die in dem „Verbande westdeutscher Konsumvereine" verkörpert ist. Nur war es hier neben dem politischen noch der konfessionelle Antrieb, der die Bewegung ins Leben rief. Wie bereits hervorgehoben, haben vor allem politische Interessen der Führer der christlichen Gewerkschaften zur Gründung christlicher Konsumvereine den ersten Anlaß gegeben. Wir werden im Folgenden noch eingehender festzustellen haben, daß auch hier keineswegs der Konsumvereinsgedanke allein die Triebkraft zur Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung gewesen ist.

Es ist nun klar, daß die Vereine Rheinland-Westfalens in dieser Hinsicht keine selbständige Bedeutung haben können. Vor allem ist es nicht möglich, die politische Haltung des „Verbandes rhein.-westf. Konsum- und Produktivgenossenschaften" gesondert zu betrachten, da er ja natürlich als Unterverband des Zentralverbandes keine selbständige Politik treiben kann. Wir werden also hier von der ganzen sog. „Hamburger Richtung" auszugehen haben.

Bei der dritten Konsumvereinsrichtung in diesem Gebiet, den Vereinen des Allg. Verbandes, ist von einer ausgesprochenen politischen Färbung nicht die Rede. Sie scheidet daher für die Betrachtungen dieses Kapitels aus.

Abschnitt I.

Die Hamburger Richtung und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie.

In dem Streit um die Konsumvereine ist es nicht allein deren rein sachlich wirtschaftliche Bedeutung, welche die Opposition hervorruft, vielmehr hat die Frage auch politische Bedeutung gewonnen, seitdem nämlich die Sozialdemokratie sich in wachsendem Maße dieser Bewegung angenommen hat. Die Frage, ob jene auch die Konsumvereinsbewegung, ähnlich wie die Gewerkschaftsbewegung, in den Dienst ihrer politischen Bestrebungen gestellt hat, um so immer größeren Einfluß auf unser Wirtschaftsleben zu gewinnen, ist natürlich von keiner geringen Bedeutung und von weittragenden Konsequenzen für die Konsumvereinssache selbst. Ist dem wirklich so — und dies ist wohl die allgemeine Auffassung — so erhebt sich von selbst die weitere Frage, ob die Vorteile dieser Bewegung letzten Endes noch die Nachteile aufwögen, die sie dadurch im Gefolge hätte, daß sie

in der Verhetzung der Massen solche Afterdienste verrichtete. Ein Trost wäre immerhin die Erwägung, daß die Konsumvereinstätigkeit, ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung, innerhalb der Partei die Entwicklung von utopischem Radikalismus zu tätiger Reformarbeit beschleunigte. Die Konsumvereinssache selbst aber würde sicherlich viel an Sympathien verlieren, wenn sie, ohne Farbe zu bekennen, solche Schleichdienste übernähme. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine leugnet aber auf das entschiedenste eine solche Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei. Trotz dieser Ableugnung wird gegen ihn in steigendem Maße die Beschuldigung laut, ein Vasall der sozialdemokratischen Partei zu sein, wenn auch betont werden muß, daß diese Beschuldigung nicht selten ein willkommener Vorwand ist, um der Konsumvereinsbewegung Knüppel in den Weg werfen zu können.

In der Tat, der Schein, zum mindesten, ist gegen den Zentralverband. Verdankt er doch seine Entstehung in erster Linie Anhängern der sozialdemokratischen Partei. Revisionisten waren es, die die ganze moderne Konsumvereinsbewegung ins Leben riefen, und infolge ihrer Agitation schlossen sich dieser immer mehr die sozialdemokratischen Arbeitermassen an, die ja heute noch den weitaus größten Teil der Mitglieder des Zentralverbandes ausmachen. Die Partei, die, wie bekannt, infolge des Lassalleschen Verdikts der ganzen Konsumvereinsbewegung ablehnend gegenüberstand, übernahm unter dem Drängen der revisionistischen Führer, vor allem Bernsteins, nach und nach eine weitgehende Protektion, bis sie auf dem Parteitage in Magdeburg 1910 erklärte, daß „die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf sein können". Auch der Internationale So-

zialistenkongreß in Kopenhagen 1910 erklärt die Konsumgenossenschaft für eine brauchbare Waffe in dem Befreiungskampfe des Proletariats und in der Eroberung der politischen Macht.

Ist die Beweiskette nicht vollständig geschlossen? Ja und nein. Ja, indem niemand das Gegenteil zu beweisen vermag. Die angeführten Tatsachen aber sprechen in der Tat eine zu beredte Sprache. Einen positiven Beweis aber stellen auch sie nicht dar. Denn wir werden im folgenden finden, daß diese ganze Beweisführung viel zu einseitig ist. Es ist ja nicht allein der Standpunkt der Partei zu berücksichtigen, sondern auch der der Konsumvereine und ihrer Führer. Gerade der letztere erscheint uns einer besonderen Würdigung wert, da die Auffassung der Führer von Zweck und Zielen einer Bewegung für diese selbst doch von der allergrößten Bedeutung ist. Ihnen a priori aber den guten Glauben abzusprechen, geht nicht an, zumal man keine anderen Beweise als den Schein gegen sie hat.

Die Tatsache, daß etwa $^4/_5$ der Mitglieder des Zentralverbandes zugleich Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, beweist an sich noch nichts. Sie ist nicht einmal sehr verwunderlich, wenn man erwägt, daß die nichtsozialistischen Arbeiter von dem Beitritt zum Zentralverband fast systematisch ferngehalten werden. Die Behörden gestatten ihren Angestellten höchstens nur theoretisch die Mitgliedschaft. Viele aber verbieten sie offen, da ihnen der sozialdemokratische Geist der Konsumvereine als völlig erwiesen gilt. Dazu kommt noch, daß durch die Trennung in Kreuznach die Konsumvereinsbewegung sich in zwei Lager spaltete, nicht zum geringsten gerade wegen des sozialistischen Elementes, das sich in der neueren Bewegung breit machte. Derselbe Grund trieb später, wie wir

sahen, auch die christlichen Gewerkschaften, ihre Anhänger jener Bewegung fernzuhalten und sie in einem eigenen Verband zusammenzuscharen. So bleiben dem Zentralverband, freilich nicht ohne seine Schuld, wie wir noch sehen werden, auch die christlichen Arbeiter mit geringen Ausnahmen fern. Es hält eben auch hier sehr schwer, Person und Sache zu trennen. So bleibt denn dem Zentralverband im Wesentlichen nur das sozialistische Element, obwohl er statutengemäß allen Personen, ohne Unterschied, die Tore geöffnet hat. Stände es nicht somit dem anderen Element frei, falls es wirklich ein Interesse an der Konsumgenossenschaftsbewegung hat, ebenfalls die Mitgliedschaft zu erwerben und sich durch Wahl geeigneter Leute in den Vorstand Geltung zu verschaffen? Zweifellos würde sich durch diesen Prozeß zum mindesten die Sachlage klären und zeigen, welchen Kurs der Zentralverband zu steuern gewillt ist. Den Gegnern der Konsumvereinsbewegung aber würde eine heute so willkommene Waffe aus der Hand geschlagen.

Es ist nun aber freilich nicht zu leugnen, daß viele Mitglieder nur deshalb beigetreten sind, weil sie in dem Zentralverband in der Tat eine sozialdemokratische Organisation erblicken, und daß auch viele Führer des Verbandes ihm einen solchen Charakter beizulegen trachten; auch von Seiten der Partei, wird von vielen ein möglichstes Aufgehen beider Organisationen herbeigesehnt. Aber auch hier sind die Meinungen recht geteilt. Steht doch die radikalere Richtung innerhalb der Partei auch heute noch der ganzen Konsumgenossenschaftsbewegung ziemlich ablehnend gegenüber, da sie in ihr nur einen Flicklappen an dem bestehenden Zustand unserer Gesellschaftsordnung sieht, die nur durch eine vollständige Umwälzung saniert werden

kann. Außerdem sieht sie immer noch, ebenso wie das ältere Parteiprogramm, in der Tätigkeit der Konsumvereine nicht mit Unrecht einen Schlag gegen ihr Programm und vor allem gegen die Verelendungstheorie. Es sind vielmehr nur eine Anzahl Revisionisten, an ihrer Spitze Göhre, die den Zentralverband in das Schlepptau der Partei ziehen wollen. Diese inneren Meinungsverschiedenheiten kommen denn auch in den Resolutionen auf den Parteitagen zum Ausdruck. Aus keiner ist zu ersehen, daß die Verbrüderung zur Tatsache geworden ist. Die Konsumvereine werden vielmehr nur als immerhin brauchbare Waffen im Befreiungskampfe erklärt. Ausdrücklich aber erklärt der Sozialistenkongreß in Kopenhagen 1910 [1]):

„Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen wollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jeden Landes überlassen."

Und auch der Parteitag in Magdeburg 1910 überläßt es den Konsumvereinen, ihre Aufgaben unabhängig und selbständig zu erledigen. Es wird also im folgenden zu zeigen sein, welche Auffassung jene von ihren Aufgaben und Zielen haben. Daß aber als deren Vertreter der Zentralverband eine Allianz mit der sozialdemokratischen Partei auf das entschiedenste von sich weist, haben wir bereits betont. Seine Parole lautet vielmehr auf strengste Neutralität. Vor allem ist es der Organisator und eigentliche Führer des Zentralverbandes, Kaufmann, der diese Parole auf das nachdrücklichste unterstreicht, eine Haltung, die ihm freilich viele Gegner in der Partei schafft.

1) Internationaler Sozialistenkongres „in Kopenhagen." 1910. S. 69. (Vorwärtsverlag).

Wie man nämlich die Unabhängigkeit und Selbständigkeit, die dem Zentralverband in der Magdeburger Resolution zugesichert ist, auf gewisser Seite auffaßt, zeigt folgende Stelle aus einer Broschüre von Fleißner [1]), wo er verschiedene, nach seiner Meinung hyperneutrale, Zitate aus der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" und dem Jahrbuch des Zentralverbandes bringt:

„Hoffentlich", sagt er, „wird diese übertriebene Neutralität nicht von der Gesamtheit der leitenden Personen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gutgeheißen; denn die sind bis auf wenige Ausnahmen Sozialdemokraten und als solche haben sie nach der Kopenhagener und Magdeburger Resolution zu handeln, das heißt, sie sollen sozialistischen Geist in die Konsumvereine bringen, wovon das eben herangezogene Zitat sehr weit entfernt ist."

Diese etwas kategorisch anmutenden Zeilen fanden jedoch wenig Anklang im Konsumvereinslager. „Seine Drohung", schreibt der Redakteur der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, Dr. Müller [2]), „ist schon aus diesem Grunde so deplaziert, wie nur irgend möglich, sie muß aber auch deshalb wirkungslos bleiben, weil die leitenden Personen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, auch soweit sie Sozialdemokraten sind, ihre Direktiven natürlich nicht von einem sozialistischen Kongreß in Empfang nehmen." Auch daß die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" ihre Spalten jedem Genossenschaftsfreund ohne Rücksicht auf politische Gesinnung öffnet, widerstrebt der Auffassung Fleißners von den Aufgaben des Zentralverbandes. Er macht der Leitung den Vorwurf, sie protegiere „bür-

1) Fleissner: Genossenschaften und Arbeiterbewegung. Dresden 1911. S. 48.

2) Rundschau No. 18. 1911.

gerliche Konsumvereinstheoretiker und Politiker, denen die Arbeitergenossenschaften gerade gut genug sind, als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie zu dienen." Die „Rundschau" antwortet hierauf: „In den Kreisen der deutschen Konsumgenossenschafter war man bisher weitsichtiger, toleranter und allen Ketzerrichtereien abgeneigter wie Fleißner, und ich denke, sein Bemühen, den Geist des beschränkten Fanatismus in ihnen großzuziehen, wird keinen Erfolg haben."

Schon aus diesen wenigen Zeilen leuchtet ein, daß das Verhältnis des „sozialdemokratischen" Zentralverbandes zu der Partei durchaus nicht auf eine einheitliche Formel zu bringen ist. Die Meinungen der Einzelnen weichen stark von einander ab, und so ist man selbst in diesen Kreisen noch nicht einig über die Stellung, die der Zentralverband tatsächlich einnimmt oder auch nur einnehmen soll. Die Leitung dieses Verbandes hat hierbei begreiflicher Weise keinen leichten Stand. Es ist ein Kampf um Prinzipien entbrannt. Es ist begreiflich, daß die meisten Führer des Zentralverbandes als Mitglieder der Partei mit jener stark sympathisieren und ein gutes Verhältnis zu ihr wünschen. Sie haben auch gar keinen Anlaß, die Partei, der sie für ihre Bewegung sehr viel verdanken, zu brüskieren. Andererseits haben sie den Grundsatz aufgestellt, daß ein Konsumgenossenschaftsverband, also eine in erster Linie wirtschaftliche Bewegung, eine universale Tendenz haben müsse, und sich nicht von vornherein auf ein bestimmtes Programm oder Personengruppe beschränken dürfe. Dieser Grundsatz stößt aber in gewissen Parteikreisen auf den lebhaftesten Widerspruch. Man verlangt eben, daß die moderne Konsumgenossenschaftsbewegung, als ein Werk, aus sozialdemokratischem Geiste geboren, sich auch in

diesem Sinne zu betätigen habe. In der sozialdemokratischen Parteipresse wird denn auch in heftigen Worten gegen die sog. Überneutralität der Zentralverbandsleiter zu Felde gezogen. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung" [1]):

„Von der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an bis auf den heutigen Tag ist Herr Kaufmann seinem Grundsatz treu geblieben, eine möglichst weite Kluft zwischen den Konsumgenossenschaften und der sozialdemokratischen Partei zu schaffen. Und nicht Herr Kaufmann allein, sondern sämtliche Theoretiker, die in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" zu Worte kommen. Wenn wirklich einmal ein Genossenschafter den Versuch machen will, in den Spalten der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" darzulegen, wie notwendig eine ideelle Verbindung der Genossenschaftsbewegung mit der sozialdemokratischen Partei ist, so wird diese Stimme unterdrückt mit der Motivierung, daß das eine Verletzung der Neutralität sei."

Einer der schärfsten Gegner der Neutralität des Zentralverbandes ist jedoch Göhre. Als Kaufmann, der Sekretär des Zentralverbandes, gleichsam als Erwiderung auf Göhres „Arbeiterkonsumvereine", in einer Broschüre [2]) das Verhältnis zwischen Partei und Genossenschaftsbewegung eingehend erörterte und zu dem Schlusse kam, „Gebet der Partei, was der Partei ist und der Genossenschaftsbewegung, was der Genossenschaftsbewegung ist", schrieb Göhre im „Vorwärts" folgenden flammenden Protest gegen solche Auffassung [3]):

1) Leipz. Volkszeitung 31./12. 1910.

2) Kaufmann: „Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung." Hamburg 1911.

3) Vorwärts 5./6. 1911.

„Man greift sich an den Kopf, wenn man diese Sätze liest und daran denkt, daß sie der Generalsekretär einer Organisation geschrieben hat, die in der Hauptsache das mühselige, opferreiche Werk moderner Proletarier und Sozialdemokraten ist. Das alles bedeutet nichts anderes, als daß die Abweisung der Kopenhagener und Magdeburger Genossenschaftsresolution durch den geistigen Leiter des Zentralverbandes ausläuft in eine nur leicht verhüllte Kriegserklärung an die Partei. Anstatt der Partei freundnachbarlich die Hand zu reichen, wie es längst in Österreich geschehen ist, droht der Herr mit Krieg und Entzweiung. Es wird höchste Zeit, daß sowohl die Partei als Ganzes, als erst recht die Parteigenossen, die Mitglieder der Konsumvereine sind, sich ernstlich damit zu beschäftigen haben, was dagegen zu tun ist. Da die Verfassung der Konsumvereine eine demokratische ist, so haben die Mitglieder es schließlich allein in der Hand, die Leiter ihres Zentralverbandes zu zwingen, das anzuerkennen und zu befolgen, was die maßvollen Kopenhagener und Magdeburger Resolutionen festgelegt haben und was, noch einmal sei's gesagt, in Österreich längst bewährte Praxis ist."

Liest man alle diese Auslassungen, so erscheint es beinahe absurd, von einem „sozialdemokratischen" Zentralverband zu reden. Es wäre jedoch nicht berechtigt, daraus sich ein abschließendes Urteil zu bilden, da solche Äußerungen immerhin nur von einem Teil der sozialdemokratischen Wortführer vertreten werden. Ob der Zentralverband sozialdemokratisch ist oder nicht, hängt denn doch zu guterletzt nicht von dem Willen eines mehr oder weniger großen Teiles der sozialdemokratischen Partei ab, sondern von dem Willen des Zentralverbandes selbst, „von dem Geist, der in ihm herrscht", wie Bernstein sagt.

Welcher Geist herrscht denn nun im „Zentralverband deutscher Konsumvereine"? Es ist zu unterscheiden einmal der bei den Mitgliedern, dann aber vor allem der bei den Führern und Leitern des Verbandes herrschende. Was erstere angeht, so sahen wir bereits, daß sie meistens sozialdemokratische Wähler sind. Es ist kein Zweifel, daß eine große Menge von ihnen dem Zentralverbande in erster Linie beigetreten sind durch Agitation seitens der Gewerkschafts- oder Parteipresse, in der Meinung, durch ihren Beitritt die Sache des sozialistischen Proletariats zu fördern und daß sie im Zentralverband eine rein sozialdemokratische Organisation erblicken. Wie groß dieser Prozentsatz ist, läßt sich natürlich nicht feststellen. Einen ungefähren Anhalt geben jedoch die Zahlen der sog. „Papiersoldaten", d. h. der Mitglieder, die in ihrer Genossenschaft überhaupt keine Waren kaufen. Es steht zu vermuten, daß die Mehrzahl von ihnen nur aus obigen Erwägungen heraus beigetreten ist. In dem „Verbande rheinisch-westfälischer Konsum- und Produktiv-Genossenschaften" ist diese Zahl mitunter sehr stark und beträgt in manchen Vereinen bis zu 30% der Mitglieder. In einem Verein, dem Gelsenkirchener, der jetzt mit der „Eintracht" in Essen verschmolzen ist, belief sich diese Zahl sogar auf 50%. Ein weiterer Gradmesser für die sozialdemokratische Überzeugungstreue und das Zielbewußtsein der Mitglieder dieser Bewegung ist ohne Zweifel in hervorragendem Maße der Durchschnittsumsatz der Mitglieder pro Jahr. Wenn wirklich die Mitglieder überzeugungstreue Genossen wären, die sich der Aufgaben und der Wichtigkeit der Konsumgenossenschaftsbewegung für die Förderung der Sache des

sozialistischen Proletariats, in enger Zusammenarbeit mit Partei und Gewerkschaft, bewußt sind, so dürften sie der Genossenschaft in ihren Einkäufen nicht untreu werden, selbst nicht unter geringen Opfern. Allein damit ist es in Rheinland-Westfalen, wie überall, schlimm bestellt. Die Klagen über den geringen Durchschnittsumsatz sind fast in jedem Verbandsbericht wiederzufinden. Für die meisten Mitglieder ist das Interesse an der Konsumgenossenschaft eine rein pekuniäre Frage, die dann noch in der Hauptsache von der Hausfrau gelöst wird. Das Interesse des Mannes dürfte sich, falls er überhaupt solches zeigt, nur auf die verteilten Dividenden richten, es sei denn, daß er zugleich in dem Verein Angestellter ist und als solcher die in den meisten Fällen allerdings sehr günstigen Arbeitsbedingungen genießt. Auch Göhre[1]) hebt die Tatsache des geringen genossenschaftlichen Geistes in seinem Werk hervor, doch gibt er sich der Hoffnung hin, daß dies Verhältnis sich mit der Zeit bessern werde, „je mehr sich die Vereine zu Klassenorganisationen auswachsen, deren unersetzliche Bedeutung von allen Mitgliedern erkannt wird". Also mit anderen Worten: Wäre das Klassenbewußtsein dieser Organisation stärker, so wäre auch der Durchschnittsumsatz der Mitglieder größer. Wie weit solches Klassenbewußtsein der Konsumvereinsmitglieder sich noch steigern wird, ist natürlich nicht abzusehen. Immerhin wäre es möglich, daß es durch rege Agitation seitens der Interessentenkreise geschürt oder künstlich gezüchtet werden wird. Die Mitglieder wären dann allerdings in der Lage, durch ihre Stimmzettel in den Vorstand der Vereine Leute zu bringen, die aus ihrem sozialdemokratischen Herzen keine Mördergrube machen, auch im Hinblick auf die Ziele und Aufgaben des Genossenschaftswesens. Ausdrücklich weist Göhre in seinen obenerwähnten Ausführungen im „Vorwärts" darauf hin, zugleich eine Drohung an die heutigen leitenden Personen des Zentralverbandes. Wer jedoch die Stimmung in Konsumgenossenschaftskreisen kennt, der wird an dieses Schreckgespenst nicht so recht glauben können. Es ist denn doch sehr fraglich, ob in den Mitgliedern des Zentralverbandes die sozialdemokratischen Gefühle und Parteidisziplin stark genug sind, um Männer fallen zu lassen, die ihren Verband ins Leben gerufen und in mustergültiger Weise geleitet haben. Das alte Sprüchwort von den Spatzen und Tauben dürfte sich auch hier bewahrheiten.

1) Göhre: Arbeiterkonsumvereine S. 557.

Doch blicken wir nun von den Geführten auf die Führer. Ihr Einfluß auf die Konsumgenossenschaftsbewegung ist ein ungleich wichtigerer. Mit Recht behauptet Wygodzinski[1]), daß die ganze moderne Konsumgenossenschaftsbewegung nur das Werk einzelner Führer sei, die Mitglieder dagegen nur passiv nachfolgten. Es ist also um so wichtiger, deren Ansichten über Ziele und Aufgaben kennen zu lernen. Vor allem ist es Kaufmann, der als Schöpfer und als jetziger Generalsekretär des Zentralverbandes von bestimmendem Einfluß auf dessen Entwicklung gewesen ist. Seine Ansichten über die Konsumgenossenschaftsbewegung, über Ziele und Aufgaben des Zentralverbandes und über dessen Verhältnis zum Sozialismus und zur Partei hat er in den Jahrbüchern des Zentralverbandes und in zahlreichen Schriften niedergelegt. Im Folgenden sollen einige besonders charakteristische Auslassungen wieder-

1) Wygodzinski: Das Genossenschaftswesen in Deutschland. 1911. S. 280.

gegeben werden. So führte er auf dem ersten Genossenschaftstag des Zentralverbandes in Dresden 1903 aus [1]):

„Die Bedürfnisse auf der einen Seite und die Hoffnung auf der anderen Seite, daß wir zu einer vollständigen konsumgenossenschaftlichen Regelung der Güterverteilung und Gütererzeugung kommen könnten, ist meines Erachtens grundlos. Die Konsumgenossenschaft wird ein wesentlicher und wichtiger Teil unseres Wirtschaftslebens sein, sie wird namentlich den breiten Massen der Unbemittelten nicht hoch genug zu schätzende Vorteile zuführen, sie wird auch in der Lage sein, wucherischen Preistreibereien und anderen das Wohl des Volkes schwer schädigenden Auswüchsen der großkapitalistischen Produktion entgegentreten zu können. Aber daß sie die Produktions-, Handels-, Erziehungs- und Regierungsverhältnisse in ihrer Gesamtheit jemals ordnen wird, wie die Owenschen Genossenschaften es träumten, das wird wohl ein Traum bleiben."

Im Jahrbuch 1907 schreibt er [2]):

„Die Übertragung der individuellen wirtschaftlichen Funktion auf das genossenschaftliche Gebiet geschieht nicht um irgend welcher Zukunftshoffnungen willen oder irgend einer Theorie zu Liebe, sondern um des wirtschaftlichen Vorteils willen. Wirtschaftliche Vorteile! Wie egoistisch und trocken das klingt, und doch ist das für den Armen und Minderbemittelten, der sich der Genossenschaftsbewegung anschließt, nur ein anderer Ausdruck für Linderung der Not, Trocknen der Tränen, Erhöhung der Lebenshaltung, sittlichen Hebung, wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Der wirtschaftliche Vorteil ist die Achse, um die sich das ganze Wirtschaftsleben und alle wirtschaftliche Entwicklung dreht."

1) Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konumvereine 1903 S. 113.

2) Jahrbuch 1907 Bd. I. S. 50.

Wichtiger als seine allgemeine Auffassung über den Wert der Konsumgenossenschaftsbewegung ist uns hier sein Urteil über die politische Stellung der Konsumgenossenschaften und speziell des Zentralverbandes. War es doch gerade die Beschuldigung der politisch-sozialdemokratischen Haltung der modernen Konsumvereinsrichtung, die den Ausschluß aller dieser Vereine aus dem Allgemeinen Verband in Kreuznach 1902 mitbewirkte, infolgedessen dann der Zentralverband gegründet wurde. So nahm Kaufmann denn auf dem bereits erwähnten Genossenschaftstag in Dresden 1903 Gelegenheit, zu erklären [1]):

„Wir können den Verband nur entwickeln, wenn wir uns streng auf den Boden des reinen Konsumenteninteresses, auf den Boden der Neutralität gegenüber allen politischen und religiösen Anschauungen stellen; die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung der Zukunft wird neutral sein, oder zu Sekten und Cliquenbildungen herabsinken."

Diesen Standpunkt hat Kaufmann auch in den folgenden Jahren immer wieder verfochten. Es würde zu weit führen, dies aus den Jahrbüchern des Zentralverbandes und den Berichten über die einzelnen Genossenschaftstage im Einzelnen nachzuweisen. Zudem hat er neuerdings seine Auffassung über diese ganze Materie eingehend in seiner Broschüre: „Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung" auseinandergesetzt. Aus ihr mögen hier einige Stellen angeführt werden:

1) Jahrbuch 1904.

„Die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung“ [1]), so schreibt er, „besteht in der Vermeidung jeder Parteipolitik und der strengsten Beschränkung auf die rein wirtschaftlichen Aufgaben, die sie aus ihrem Wesen heraus sich stellt und stellen muß. Daraus folgt, daß in den Organen der Konsumvereine: Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung, politische Parteifragen nicht zu erörtern sind, daß die vorliegenden Entscheidungen nicht nach Parteigrundsätzen, sondern nach Genossenschaftsgrundsätzen zu fällen sind, daß bei den Wahlen nicht auf die Parteizugehörigkeit einer Person, sondern auf ihre Befähigung und Tüchtigkeit für die genossenschaftlichen Arbeiten, wozu sie berufen wird, zu sehen ist, und daß selbstverständlich auch eine direkte oder indirekte Unterstützung politischer Parteien und die Beeinflussung der Angestellten oder Arbeiter oder Mitglieder im Sinne einer politischen Partei abgelehnt werden muß . . .

„Endlich ist zu berücksichtigen, daß, wenn erst einmal die Genossenschaftsbewegung den Anfang damit gemacht hat, sich in diesen politischen Klassenkampf zu mischen, alsdann auch gar leicht kein Halten mehr ist. Sie läuft Gefahr, immer mehr auf die schiefe Ebene zu geraten, die sie hinabzieht, bis sie mitten im vollsten Klassenkampfe steht, was zur Folge haben kann, daß an Stelle der allgemeinen Konsumvereine in jeder Stadt 3—4 streng nach Klassen gesonderte Konsumvereine entstehen würden, wie es zur Zeit in Belgien der Fall ist. Die Zersplitterung, Ohnmacht und Leistungsunfähigkeit der ganzen Konsumgenossenschaftsbewegung und der wirtschaftliche Ruin eines Teiles der heute bestehenden allgemeinen Konsumvereine würde die direkte Folge einer solchen Genossenschaftspolitik sein . . .

1) a. a. O. S. 103. ff.

„Aus all diesen Gründen bin ich für meine Person für reinliche Scheidung und betrachte es als einen schweren Fehler, der zu den schlimmsten Konsequenzen führen kann, wenn die Genossenschaftsbewegung dort, wo sie nicht in ihrer Existenz bedroht ist, diejenigen Funktionen übernimmt, die naturgemäß den politischen Parteien zufallen. Gebt der politischen Partei, was der politischen Partei ist, und der Genossenschaftsbewegung, was der Genossenschaftsbewegung ist.“

Hat denn nun nach der Meinung Kaufmanns die Konsumgenossenschaft überhaupt keine Rolle in politischer Hinsicht zu spielen? Welche Stellung weist er ihr an in den Klassenkämpfen des Proletariats und dem Sozialismus gegenüber?

„Da die Konsumgenossenschaftsbewegung“, so sagt er [1]), „ihre Mitglieder zur wirtschaftlichen Selbständigkeit als Konsumenten führt und aus zahlreichen Abhängigkeitsverhältnissen, die durchaus nicht gottgewollt sind, befreit, da sie ferner ihre Mitglieder wirtschaftlich kräftigt, indem sie die Kaufkraft des Einkommens erhöht, so trägt sie allerdings dazu bei, Klassenkämpfer wirtschaftlich kräftiger und unabhängiger zu machen. Ebenso schützt sie durch Unterstützungseinrichtungen aller Art so weit als möglich ihre Mitglieder vor dem Versinken in jenes äußerste Elend, das die letzte Kraft. selbst die Kraft zur Empörung, raubt und vollständig apathisch macht. Diese Dienste aber, das ist hier scharf zu betonen, leistet die Genossenschaft nicht einer Klasse, sondern allen Klassen, die durch sie ihre Konsumenten-Interessen wahrzunehmen suchen.“

Es ist also nach seiner Meinung die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht eine Waffe im Klas-

1) a. a. O. S. 90 91.

senkampf selbst, sondern bloß ein starker Rückhalt in demselben. Er befindet sich damit in vollem Einklang mit der Magdeburger Parteiresolution [1]). Auch dort wird auf die „Einrichtungen aller Art" hingewiesen, die eben in der Ansammlung eines Zwangsnotfonds bis zur Höhe von 100 Mk. pro Mitglied und in „Einwirkungen auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind", bestehen. Allerdings weist er es von sich, die Konsumgenossenschaft in den Dienst nur einer Klasse, der Arbeiterschaft, zu stellen und befindet sich damit in schroffem Gegensatz zu Göhres Auffassung von den Zielen der modernen „Arbeiterkonsumvereine", eine Bezeichnung, die vom Zentralverband energisch abgelehnt wird [2]). Wenn Göhre die Konsumgenossenschaften als „Kampf- und Klassenorganisationen des modernen Proletariats so gut wie Partei und Gewerkschaft" [3]) bezeichne, so sei dies nicht weiter auffallend, da die revisionistische Auffassung, wie sie von Göhre besonders vertreten werde, „in dem Begriffe Klassenkampf alle Bestrebungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats umfasse" [4]). Die „materialistisch-evolutionäre" Anschauung dagegen, wie sie Kaufmann selbst vertritt, betrachte als proletarischen Klassenkampf nur „den politischen Kampf der Arbeiterklasse zwecks Beeinflussung der Gesetzgebung und zur Eroberung der politischen Macht" und ebenso die Gewerkschaftsbewegung. Zwar erscheint ihr „eine starke Gewerkschaftsbewegung als eine unbedingt notwendige Voraussetzung und

1) Siehe diese.
2) conf. „Rundschau" 1911. No. 2/3,
3) Göhre: Arbeiterkonsumvereine.
4) Kaufmann. a. a. O. S. 77. ff.

Ergänzung einer starken Konsumentengenossenschaftsorganisation"; jedoch „die Genossenschaftsbewegung, als deren bedeutungsvollsten und wichtigsten Teil ihr die Konsumgenossenschaften erscheinen, ist ihr ein Teil der wirtschaftlichen Entwicklung selbst, die aus innerer Notwendigkeit, indem sie die Konsumenteninteressen in der Volkswirtschaft wahrt, in immer größerem Umfange wirtschaftliche Funktionen — die zur Zeit in der Hand des Privatkapitals ruhen — auf die Konsumentenorganisationen überträgt und dadurch immer mehr eine auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsweise in eine auf genossenschaftlichem Eigentum beruhende überführt".

Aber auch für den deutschen Sozialismus selbst hat die Genossenschaftsbewegung eine große Bedeutung, indem sie nämlich berufen ist, die Anschauungen in ganz andere Bahnen zu lenken [1]). Der „revolutionäre Materialismus" hat seine Rolle ausgespielt, aber auch die Gewerkschaftsbewegung und der von ihr beeinflußte Revisionismus steht auf schwachen Füßen, denn sie verliert „den Materialismus unter den Füßen und wird idealistisch". Er fürchtet, daß auch in der Gewerkschaftsbewegung, falls sie den Versuch macht, „in positiv-sozialistischem Sinne zu wirken", wie heute in Italien und Australien, letzten Endes „eine schwere Enttäuschung das Ende der Dinge sein wird".

„Erst der durch die wirtschaftliche Existenz der Genossenschaftsbewegung beeinflußte evolutionäre Materialismus gibt an Stelle der unhaltbaren Entwicklungslinie über Konzentration, Krisen und Verelendung zum Zusammenbruche dem Sozialismus eine neue wissenschaftliche Basis, indem er die Tat-

1) a. a. O. S. 109/110.

sache feststellt, daß das Betätigungsfeld privatwirtschaftlicher Unternehmungen immer mehr durch die Unternehmungen des Staates, der Gemeinden, der Genossenschaften eingeengt wird, eine Tatsache, die für den Nationalökonomen nicht mehr und nicht weniger besagt als die Darwinsche Feststellung, daß die Arten variabel sind, für die Biologie. Auf dieser Darwinschen Feststellung ist die biologische Evolutionstheorie aufgebaut, jene Feststellung ist der Grundstein der Wissenschaftlichkeit des evolutionären Sozialismus, der im Grunde nichts weiter als eine Übertragung jener Theorie auf das Wirtschaftsleben und die dadurch bedingte Menschheitsentwicklung ist."

Alle diese Ausführungen beweisen aufs deutlichste, daß Kaufmann nicht daran denkt, sein Werk den Parteizwecken zu opfern. Nicht mit Unrecht erblickt ein großer Teil der Parteipresse in ihnen eine gewisse Brüskierung der Partei, deren Programm doch immer noch auf jenen von Kaufmann verworfenen Thesen beruht. Nichtsdestoweniger knüpft ihn ein mächtiges Band an die Partei, die sozialistische Ideengemeinschaft. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist Sozialismus; sie sucht an Stelle der heutigen kapitalistischen, auf Produzenteninteressen aufgebauten, Wirtschaftsordnung, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, eine neue Ordnung herbeizuführen, in welcher das Interesse der Konsumenten die Grundlage aller wirtschaftlichen Tätigkeit bildet. „Produktion auf Grund organisiertem Konsums" ist ihr Leitmotiv. Sind sich auch die Führer darüber klar, daß eine vollständige Neuordnung unserer Gesellschaft durch die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht zu erreichen ist, so liegt dieses Ziel doch zweifellos in der Tendenz der ganzen Bewegung. Kaufmann selbst bezeichnet denn

auch die Konsumgenossenschaft als Sozialismus. „Die unbestimmte Personenzahl, der gemeinsame Besitz der Produktionsmittel und der Zweck: die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, stempelt die Genossenschaften zu einer wirtschaftlich-sozialistischen Einrichtung" [1]). Die Genossenschaftsbewegung ist also zweifellos der Partei wesensverwandt und es ist daher einleuchtend, daß sie mit jener in einem guten Verhältnis zu bleiben sich bemüht, zumal, wie bereits hervorgehoben, die Partei beinahe die einzige Vertreterin der Konsumgenossenschaftsinteressen im Parlament ist. Besonders das letzte Moment wird bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen beiden Organisationen häufig übersehen. Kein Wähler wird seine Stimme einem Abgeordneten geben, von dessen Interesselosigkeit oder gar Feindschaft gegenüber seiner Sache er überzeugt ist. Es wäre auch zuviel verlangt, einer wirtschaftlichen Organisation das Recht abzusprechen, sich ihrer Haut zu wehren, selbst wenn es sich um politische Wahlen handelt. Soll sie ruhig zusehen, wie ihr der Lebensatem durch eine endlose Steuerschraube ausgeblasen wird? Es ist zweifellos das gute Recht der Leitung einer solchen Organisation, ihre Mitglieder aufzufordern, bei den Wahlen ihre eigenen Interessen zu wahren und ihren Stimmzettel in diesem Sinne zu gebrauchen.

„Ich kann mir vorstellen, daß es Situationen geben wird, die den Zentralverband deutscher Konsumvereine veranlassen werden, ganz offiziell mit der Führung einer oder mehrerer Parteien zu verhandeln, um eine bestimmte Haltung dieser Parteien im Interesse der Genossenschaftsbewegung zu erwirken. Wo die Genossenschaft auf politischem Ge-

1) a. a. O. S. 59.

biet angegriffen wird, da muß sie sich auch auf politischem Gebiet ihrer Haut wehren, und zwar mit denselben Waffen, die im politischen Kampfe, d. h. im Klassenkampfe, angewandt werden. Das alles ist nur Selbsterhaltung, keinesfalls aber ein Bruch der Neutralität, denn die Genossenschaftsbewegung vertritt hierbei nicht die Klasseninteressen einer bestimmten Produzentenklasse, sondern die Konsumenteninteressen der Angehörigen verschiedener Klassen. Es erscheint mir durchaus berechtigt und notwendig, daß die Genossenschafter innerhalb der Partei, der sie angehören, ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die betreffende Partei auch genossenschaftsfreundliche Kandidaten aufstellt [1]).

In Konsequenz dieser Auffassung griffen denn auch im letzten Reichstagswahlkampf die einzelnen Unterverbände des Zentralverbandes aktiv in die Wahlen ein. Ohne sich an die einzelnen Parteiprogramme zu halten, und wahrscheinlich, um den Anschein einer Parteipolitik zu vermeiden, wandte man sich direkt an die einzelnen aufgestellten Abgeordneten, um sich über deren mehr oder weniger konsumgenossenschaftsfreundliches Herz zu vergewissern. Es wurden von den zu diesem Zweck gebildeten sog. „Abwehrkommissionen" Fragebogen an die Kandidaten gesandt folgenden Inhalts [2]).

„Ist der Herr Kandidat bereit:

1. Im Falle seiner Wahl als Abgeordneter gegen jede Benachteiligung der Konsumvereine auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu stimmen?

2. Bei einer eventl. Änderung des Genossenschaftsgesetzes jede Verschlechterung desselben

1) Kaufmann: a. a. O. S. 105.

2) Wahlaufruf der Abwehrkommission rhein.-westf. Konsumvereinsmitglieder.

überhaupt, wie auch jede gegen die Konsumvereine gerichtete und insbesondere die Einführung der sog. Bedürfnisfrage für die Gründung neuer Konsumvereine oder Filialen solcher abzulehnen?

3. Jede Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine abzulehnen?"

„Ausweichende Antworten sollen als ungenügend bezeichnet und die Verweigerung der Antwort als gleichbedeutend mit Gegnerschaft gegen die Konsumvereine behandelt werden."

Ob diese Art der Vertretung der politischen Konsumvereinsinteressen eine glückliche ist, mag dahingestellt bleiben. Zunächst einmal pflegen Konsumvereinsmitglieder auch noch andere Interessen als bloß ihre Konsumenteninteressen zu haben; man müßte dann auch auf den Fragebogen noch eine Erkundigung über die Stellung des Abgeordneten zu diesen Interessen einschieben. Überdies pflegen die Parlamentskandidaten nur zum ganz geringen Teil sich mit einer Frage von so relativer und sich erst entwickelnder Bedeutung befaßt zu haben. Es ist daher etwas viel verlangt, sie von vornherein auf eine bestimmte Stellung zu dieser Frage festlegen zu wollen. Wohl hauptsächlich aus diesem Grund haben denn auch die meisten der 160 befragten Kandidaten überhaupt keine Antwort gegeben. Es ist daher durchaus zu verwerfen, wenn der Wahlaufruf der Abwehrkommission erklärt: „Das Resultat der Antworten beweist, daß die Abwehraktion dringend nötig ist. Hat doch ein sehr großer Teil der Reichstagskandidaten es verschmäht, überhaupt zu antworten. Alle diese Kandidaten, welche im Anhang mit Namen genannt sind, gelten als Gegner der Konsumvereine und sind unter keinen Umständen zu wählen." Von den übrigen haben zustimmend nur die sozialdemokratischen Abgeordneten geantwortet,

da ja ihre Haltung in dieser Frage von Partei wegen geklärt und festgelegt ist, und 9 von den übrigen Parteien, also zusammen 48. Im Ganzen ist das Ergebnis nicht sehr hoch anzuschlagen. Durch die Parteizugehörigkeit der meisten Mitglieder des Zentralverbandes war deren Haltung im Wahlkampf ohnedies gegeben. Trotzdem ist es möglich, daß die Konsumvereinsfrage in manchen Wahlkreisen eine entscheidende Rolle spielt, vor allem aber noch spielen wird, wenn die Konsumvereinsidee weiter um sich greift und auch die anderen Verbände, namentlich der „Westdeutsche Verband", ihre Mitglieder in diesem Sinne beeinflussen. Wie weit dies bereits geschehen ist, werden wir an anderer Stelle sehen. Welche Rolle die Konsumvereinsfrage unter Umständen im Wahlkampf spielen kann, zeigten die Verhältnisse im Wahlkreis Essen während der letzten Reichstagswahlen. Der Kampf zwischen Mittelständler und Konsumgenossenschaftler hätte den dortigen Kandidaten Giesberts beinahe um sein Mandat gebracht, da sich erstere über dessen freundliche Stellung gegenüber den Konsumgenossenschaften erregt hatten und einen eigenen Kandidaten aufstellen wollten. Nur mit Mühe gelang es der Parteileitung und der Presse, die erregten Gemüter zu beschwichtigen. Von Interesse ist ein Artikel in der „Essener Volkszeitung" [1]), der sich mit dieser Frage beschäftigt:

„Es hieße Vogelstraußpolitik treiben, wenn geleugnet werden sollte, daß im Essener Wahlkreis die Verhältnisse nach dieser Richtung hin sich nicht außerordentlich zugespitzt haben. Zu untersuchen, wer den größeren Teil der Schuld an diesen eingetretenen Verhältnissen trägt, wäre im Augenblick

1) „Essener Volkszeitung" 29. August 1911.

ein müßiges Beginnen. Auf beiden Seiten ist manch unvorsichtiges Wort gefallen. Was in dieser Frage für die Allgemeinheit innerhalb der Zentrumspartei gilt, gilt in hervorragendem Maße für den Wahlkreis Essen. Hier ist die Geschlossenheit mehr denn je ein Gebot der Pflicht. Die Parteifreunde aus dem Mittelstand mögen bedenken, daß der sozialdemokratische Gegner ein viel konsequenterer Vertreter des Konsumvereinsgedankens ist und daß ihm die Vaterschaft zufällt. Die Parteifreunde aus dem Arbeiterstand mögen berücksichtigen, daß es sich um die Wahl der führenden Persönlichkeit in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung handelt, die unter Umständen gefährdet werden kann. Darum rufen wir beiden Parteien zu: Die Waffen nieder!"

Aus diesen Zeilen geht hervor, daß auch die christliche Arbeiterschaft ihre Konsumenteninteressen in die politische Wagschale wirft, was wir auch später noch bestätigt finden werden. Es geht also nicht an, dies Verhalten der Konsumvereinsanhänger mit der Frage der Neutralität des Zentralverbandes in Verbindung zu bringen. Zum mindesten ist es keine Parteipolitik, da man sich ja an Abgeordnete aller Parteien gewandt hat.

Weit bedenklicher für die neutrale Haltung des Zentralverbandes ist ein Umstand, der zu schweren Vorwürfen gegen diesen geführt hat, namentlich von Seiten der christl. Arbeiterschaft, nämlich der Umstand, daß der Zentralverband sich weigert, mit den christlichen Gewerkschaften Tarife abzuschließen. Wir werden uns daher im folgenden etwas näher mit dieser Frage zu befassen haben.

Gerade in Rheinland-Westfalen ist sie besonders brennend, da hier die Bevölkerung sehr gemischt ist und von christlicher Seite her diese auffallende Erscheinung nicht unwidersprochen bleiben konnte. Ist

doch diese Frage nicht zum geringsten Teil mit die Ursache zu dem Gedeihen des Konkurrenten des Zentralverbandes in Rheinland-Westfalen, des „Verbandes westdeutscher Konsumvereine", der aus der Tatsache, daß die christl. Gewerkschaften nicht als tarifbündnisfähig anerkannt wurden, seinen kräftigsten Agitationsstoff gezogen hat.

Wie kommt es, daß der Zentralverband mit den christlichen Gewerkschaften keine Tarife hat? Ein lebhafter Streit hierüber entspann sich auf dem Genossenschaftstag in Elberfeld 1908, wo mehrere Konsumvereinsleiter aus dem linksrheinischen Gebiet, die christliche Gewerkschafter waren, diese Frage aufwarfen. Schon vorher hatten sie sich an die Zentrale in Hamburg gewandt mit der Bitte um präzise Aufklärung über die Stellung des Zentralverbandes zu dieser Angelegenheit. Man bezog sich auf eine Erklärung v. Elms auf dem Düsseldorfer Verbandstag 1907, die lautete:

„Selbstverständlich dürfen wir Verbände, die eine bestimmte Weltanschauung, z. B. die christliche, als die allein richtige anerkennen, nicht als tarifbündnisfähig betrachten, sondern wir müssen uns sagen, auch derjenige, der nicht die christl. Weltanschauung hat, muß als Mitglied in den Verband aufgenommen werden können. Anders geht es nicht, sonst würden wir allerdings gegen die Neutralität verstoßen" [1]).

Die Antwort Kaufmanns lautete dahin, daß er keinen Unterschied mache zwischen den einzelnen Gewerkschaften, und der Zentralverband bereit sei, mit allen Tarife abzuschließen. Mit dieser Antwort noch nicht zufrieden, verlangten die christlichen Konsumvereinsvorstände auch deren Veröffentlichung in dem Organ des Zentralverbandes, der „Konsumgenossenschaftl. Rundschau". Da diese nicht erfolgte, so brachte man die Sache auf dem folgenden Verbandstage in Elberfeld wieder zur Sprache. Der Wortführer der Opposition war der Vorsteher des Stolberger Vereins, Schills, dessen Ausführungen wir im folgenden wiedergeben wollen [1]):

„Es ist von meinem Kollegen", sagte er, „darauf hingewiesen worden, daß die Neutralität des Zentralverbandes bei den einzelnen Gewerkschaften, speziell in unserem rheinisch-westfälischen Gebiet, eine sehr große Rolle spielt. Ich kann das nur bestätigen. Die Streitfrage über diese Neutralität rührt eigentlich her vom vorjährigen Genossenschaftstage in Düsseldorf, wo bekanntlich v. Elm den Ausspruch tat, daß der Zentralverband keine Tarife abschließen könne mit Gewerkschaften, die von ihren Mitgliedern eine bestimmte religiöse Weltanschauung, er sagte die christliche, fordern. Wir dagegen fordern von unserem Zentralverband, daß er Tarife abschließen muß mit allen in Betracht kommenden Gewerkschaften, wenn er wirklich neutral sein will. Wenn eben betont wurde, daß Tarife nur abgeschlossen werden können mit Gewerkschaften, die jedem offen stehen, dann ist das schön gesagt, aber glauben Sie, daß überzeugte christliche Genossenschafter sich in die freien Gewerkschaften aufnehmen lassen? Ich will einmal annehmen, bei uns in Stolberg wollten wir eine Bäckerei eröffnen. Nun würden wir gezwungen sein, den Arbeitsnachweis der freien Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen, denn ein Tarifabschluß mit einem anderen Bäckerverbande gibt es nicht. Dann müßten wir unsere eigenen Mitglieder, die christlich organisiert sind, vor den Kopf stoßen und sagen, wir

1) Jahrbuch des Zentralverbandes 1907 Bd. II. 317 ff.

1) a. a. O. 1908. Bd. II. S. 541 ff.

können Euch nicht anstellen, es sei denn, daß Ihr zunächst zu den freien Gewerkschaften übertretet. Das ist doch etwas zuviel verlangt. Ich bin im Aachener Bezirk stets für den Zentralverband eingetreten. Wir haben dort noch eine große Anzahl anderer Vereine, die dem Bonner Verband (heute Westdeutscher Verband) angehören. Ich habe diese Vereine zu bekehren versucht, ich habe ihnen gesagt, der Zentralverband sei neutral und sie möchten ihm beitreten. Aber wenn man in dieser Weise handelt, wie man es bisher getan hat, so wird es nicht möglich sein, diese Vereine zu uns herüberzuziehen. Neutralität gegen alle Gewerkschaften muß unsere Parole sein. Der Zentralverband hat nicht zu untersuchen, ob die Gewerkschaften neutral sind oder nicht, sondern soll mit allen Gewerkschaften Tarife abschließen."

Dieser Standpunkt ist durchaus richtig. Wenn der Zentralverband über die Würdigkeit einer Organisation, mit ihm Tarife abzuschließen, beschließt, so handelt er nicht mehr neutral, und wenn er ein endgültiges Urteil fällt, so hat er Partei genommen. Nur wenn er sich in der Frage der Bündnisfähigkeit gegenüber den in Betracht kommenden Organisationen völlig gleichgültig verhielte, wäre er neutral. Es ist unter diesen Umständen dem christlichen Element in den Konsumvereinen des Zentralverbandes unmöglich gemacht, in ihrem eigenen Verein eine Anstellung zu finden, da dieser seine Arbeitskräfte nur durch den Arbeitsnachweis der freien Gewerkschaften bezieht. Auch der Leiter des großen Konsumvereins „Eintracht" in Essen bezeichnet diese Verhältnisse als ungerecht, wenn er auf dem Verbandstag der rheinisch-westfälischen Konsumvereine 1909 sagt:

„In unseren Bevölkerungsschichten, die, wie in ganz Rheinland und Westfalen, politisch und konfessionell in alle möglichen Schattierungen zerfallen, ist es schwer, eine derartige Bestimmung durchzuführen. Von Seiten der christlichen Konsumvereine wird damit krebsen gegangen, daß die Konsumvereine des Zentralverbandes nur mit den sog. sozialdemokratischen Gewerkschaften in einem Vertragsverhältnis stehen und daß nur die dort angestellten Arbeiter Aussicht auf Anstellung haben. Wir haben hunderte von christlichen Gewerkschaftern als Mitglieder und Abertausende von Mitgliedern, die der Gewerkschaftsbewegung durchaus indifferent gegenüberstehen. Diese würden es nicht verstehen, wenn sie von dem Handels- und Transportarbeiterberufe vollkommen ausgeschlossen würden, wenn man ihnen sagen müßte: Ihr seid jahrelang gute Mitglieder, aber anstellen können wir Euch nicht, dazu nehmen wir andere."

Es scheint nun allerdings, als ob die Schuld an diesen Verhältnissen nicht allein auf Seiten des Zentralverbandes zu suchen sei, denn sonst könnte man die Antwort nicht verstehen, die K a u f m a n n auf die Anklagen der christlichen Konsumvereinsleiter in Elberfeld gab. Er sagte nämlich, „der ganze Streit um die gewerkschaftliche Neutralität des Zentralverbandes sei eigentlich eine Doktorfrage, da noch niemals eine christliche Gewerkschaft an jenen mit dem ernstlichen Antrage zum Abschluß von Tarifverträgen herangetreten sei. Man könne solange keine entscheidende Stellung zu dieser Frage nehmen, bis dies geschehen sei".

Auch auf dem Eisenacher Genossenschaftstag 1909 erklärte er noch einmal [1]):

„Die christlichen Gewerkschaften mögen nur einmal vertrauensvoll um den Abschluß von Tarif-

1) Jahrbuch des Zentralverbandes 1908 Bd. II. 607 ff.

verträgen einkommen, dann würde sich schon eine befriedigende Lösung finden."

In der Tat haben die christlichen Gewerkschaften noch niemals einen Schritt in dieser Richtung getan und scheuen sich auch heute noch, nach Aussagen führender Gewerkschaftskreise, mit einem Verbande in Verbindung zu treten, der nach ihrer Ansicht nur eine sozialdemokratische Organisation ist, geschaffen von und für die Partei. Wenn aber Kaufmann erklärt, man könne zu dieser ganzen Frage solange keine entscheidende Stellung nehmen, bis die christlichen Gewerkschaften mit der Bitte um Tarifabschlüsse an den Zentralverband herangetreten seien, so ist das weder richtig noch klug. Eine klare, unzweideutige Erklärung, daß der Zentralverband bereit ist, auch mit den christlichen Gewerkschaften zu verhandeln, würde ihm unzweifelhaft viele neue Mitglieder zugeführt und seinen Gegnern eine wirksame Waffe aus der Hand geschlagen haben. Zudem ist es auch nicht die Aufgabe eines auf wirtschaftlichen Interessen ruhenden Verbandes, sich um die privaten Sonderinteressen seiner Mitglieder zu kümmern, zum mindestens dann nicht, wenn er auf Neutralität besonderen Nachdruck legt. Solange die Erklärung nicht erfolgt, kann man darin nur eine Verleugnung vor den freien Gewerkschaften erblicken, auf die der Zentralverband begreiflicher Weise die weitgehendsten Rücksichten zu nehmen gezwungen ist. Immer mehr verweben sich die Fäden beider Organisationen. Die weitgehende Personalunion vieler Genossenschaften und Gewerkschaften in ihren Vorstandsmitgliedern, das gemeinsame Tarifamt zur Überwachung der zwischen Zentralverband und freien Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife, und vor allem das noch in der Schwebe befindliche Produkt gemeinsamer Arbeit, die „Volksfürsorge",

legen Zeugnis ab von den freundnachbarlichen Beziehungen beider Organisationen.

Die Zahl derer, die den Zentralverband gleichsam als das III. Armeekorps im Befreiungskampfe des sozialistischen Proletariats betrachten, dürfte auch in Gewerkschaftskreisen nicht gering sein, wenn man den Genossenschaften eine gewisse Selbständigkeit zuerkennt. Die Auffassung der freien Gewerkschaften von dem Epiteton „frei" dürfte nicht geeignet sein, Pessimisten zu beruhigen.

Wir glauben hiermit die wesentlichen Momente, die für eine Untersuchung der Neutralität des Zentralverbandes von Wichtigkeit sind, erörtert zu haben. Ist nun der Zentralverband deutscher Konsumvereine eine sozialdemokratische Organisation? Untersteht die Verbandsleitung der Oberhoheit der Partei und arbeiten sich beide in die Hände? Was die erste Frage angeht, so kann man auf den Zentralverband trefflich einen Ausspruch anwenden, den die „Frankfurter Zeitung" einmal über die freien Gewerkschaften gefällt hat, „daß sie sich nämlich die freien nennen, weil sie ihre Mitglieder nicht auf das sozialdemokratische Programm verpflichten, und die man die sozialdemokratischen nennen kann, weil ihre Mitglieder, die nicht sozialdemokratisch wählen, wohl bald gezählt wären". Die Ursachen dieser Erscheinung haben wir erörtert. Die Beantwortung der zweiten und dritten Frage ist weniger einfach. Es ist klar, daß die eben konstatierte Tatsache, daß der Zentralverband sich fast nur aus sozialdemokratischem Element zusammensetzt, auf das Verhältnis zwischen diesem Verband und der sozialdemokratischen Partei von größtem Einfluß ist. Wir sahen, daß beide Organisationen wesensverwandt sind, aber keineswegs weder demselben Ziel entgegensteuern noch dieselben Wege wandeln. K a u f m a n n

selbst bezeichnet die Genossenschaftsbewegung, wie hervorgehoben wurde, als eine neue Entwicklungsphase des Sozialismus, als „evolutionären Materialismus". „Aber", so sagt er, „ist der revolutionäre Materialismus negativer, so ist der evolutionäre Materialismus positiver Sozialismus. Ist jener in erster Linie kritisierend, niederreißend, so ist dieser in erster Linie aufbauend und mitarbeitend." Wenn also wirklich der Zentralverband ein, wenn auch in gewisser Weise selbständiges Glied der sozialdemokratischen Partei wäre, so dürfte eine Förderung einer so machtvollen Bewegung wie die Genossenschaftsbewegung eher am Platze sein, als eine ständige Vexierung. Es ist aber, wie wir im Vorhergehenden darzulegen suchten, durch nichts erwiesen, daß der Zentralverband in so engen Beziehungen zur Partei steht. Ausdrücklich weisen die Leiter des Verbandes dahingehende Ansinnen oder Verdächtigungen zurück, sodaß sie sich, wie wir sahen, die heftigsten Vorwürfe von Seiten eines Teiles der Partei zuzogen. Inwieweit jedoch andere Strömungen innerhalb des Zentralverbandes vorhanden sind, entzieht sich naturgemäß jeder Beobachtung. Sicher ist aber, daß alle in die Führer der Bewegung, namentlich in den eigentlichen spiritus rector, den Generalsekretär K a u f m a n n, das größte Vertrauen setzen, so daß seine Auffassung in letzter Linie die ausschlaggebende sein dürfte. Und diese ist, wie wir sahen, für strikteste Neutralität. Es läge aber auch gar nicht im Interesse des Verbandes, ein Verhältnis herzustellen, wie es die belgischen, österreichischen und französischen Genossenschaften mit der politischen Partei eingegangen sind. Wenn auch viele Mitglieder des Zentralverbandes, namentlich in den Vorständen der einzelnen Vereine, ein näheres Verhältnis zur Partei vielleicht lieber sehen, so

geben ihnen die Verhältnisse in den Nachbarländern doch zu denken. Zur Illustration sei ein kurzer Auszug aus einem Artikel wiedergegeben, den ein französischer Genossenschafter in der „Rundschau" veröffentlicht hat [1]): heillose Verwirrung und Unordnung kennzeichnen sowohl das Äußere als auch die Verwaltung der französischen Konsumvereine. Die sozialistischen Konsumvereinsleiter, denen die Genossenschaft nur ein Mittel im politischen Kampf bedeute, hätten kein Verständnis für peinliche Sauberkeit in den Verkaufsläden, sowie für eine ins Kleinste gehende korrekte Organisation. Sie sähen hierin nur ein Zeichen kleinkapitalistischen Krämergeistes. Dazu kämen die beständigen Reibereien zwischen dem Verein und seinen Angestellten wegen deren Forderungen. „Wenn diejenigen", so sagt jener Franzose, „die immer noch bestrebt sind, die Genossenschaft dem Klassenkampfe dienstbar zu machen und beständig die Leitung des Zentralverbandes ob ihrer ‚Überneutralität' aushecheln, einen Blick werfen könnten in die französischen Genossenschaften, die sich diese Taktik zu eigen gemacht haben, wenn sie mit ihren eigenen Augen sehen könnten, wo diese Taktik in Wirklichkeit hinführt, so müßte man wahrlich an ihrem gesunden Menschenverstande verzweifeln, wollten sie alsdann noch auf ihrem Standpunkt verharren."

2. Abschnitt.

Die politische und konfessionelle Stellung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine.

Der „Verband westdeutscher Konsumvereine" ist, wie wir sahen, ein Produkt der christlichen Kon-

1) Konsumgenossenschaftl. Rundschau 13 I. 1912.

sumvereinsbewegung und diese wiederum aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen. Fast dieselben Gründe sind für das Insleben-rufen beider Organisationen ausschlaggebend gewesen. Ja, die Gründung christlicher Konsumvereine kann man vom Standpunkt der christl. Gewerkschaften aus als folgerichtige Konsequenz betrachten. Das Eintreten der sozialdemokratischen Partei sowie der freien Gewerkschaften für die Konsumvereinsbewegung drängte dazu. Denn es bestand die Gefahr, daß diese ganze neue Bewegung eine Domäne des Sozialismus wurde. Man fürchtete, daß für viele, auch christl. Gewerkschafter der Konsumverein der Weg ins rote Lager werden würde. Daß man diese Gefahr überschätzte, glauben wir durch unsere vorhergehenden Ausführungen über den Zentralverband deutscher Konsumvereine dargetan zu haben. Auch hieße es die Überzeugungstreue der christlichen Gewerkschafter nicht gerade hoch einschätzen, wenn man ihnen zutraute, auf so einfachem Wege eine Weltanschauung über Bord zu werfen. Immerhin gab es für die christlichen Gewerkschaften in dieser Frage nur zwei Wege. Sie konnten nämlich einmal den Konsumvereinsgedanken schlechthin propagieren, sich gleichzeitig aber in der Leitung des Zentralverbandes eine so feste Position sichern, daß dessen Neutralität gesichert blieb, oder aber sie mußten einen eigenen Verband ins Leben rufen. Es ist nicht leicht zu entscheiden, welcher Weg der bessere war. Im ersten Falle wäre zweifellos der alte Gegensatz zwischen freien und christlichen Gewerkschaften ein starkes Hemmnis für die Entwicklung des Verbandes geworden, da eine etwaige Förderung oder Hemmung durch beide Organisationen von ihrem jeweiligen Verhältnis abhängig gewesen wäre. Andererseits aber ist in der Konsumvereinsorganisation ohne Frage ein geeignetes Feld geschaffen worden, um manchen Reibungsstoff zwischen beiden auf diesem neutralen Boden zu beseitigen. Ebenso wäre auch wohl eine einheitliche machtvolle Organisation der Konsumgenossenschaftsbewegung förderlicher, als die jetzige auf jeden Fall beklagenswerte Zersplitterung. Doch wie dem auch sein mag, die christlichen Gewerkschaften haben sich für den letzteren Weg entschieden, der freilich entschieden einfacher war. Sie haben eine eigene Konsumvereinsbewegung ins Leben gerufen. Daß die Gefahr der Entfremdung für die christlichen Gewerkschaften in der „allgemeinen Konsumvereinsbewegung" nicht gerade überschätzt zu werden brauche, wird zwar von jener Seite zugegeben, allein, „wie dem auch sein mag, die in den letzten Jahren entstandene christliche Konsumvereinsbewegung will möglichst ihre eigenen Wege gehen" [1]).

Jene Befürchtung war aber auch nicht die einzige treibende Kraft bei der Gründung von christl. Konsumvereinen. Man erwartete vielmehr von dieser neuen Organisation einen starken, günstigen Rückschlag auf die christl. Gewerkschaftsbewegung. Deutlich geht dies aus dem Programm hervor, das der Direktor des Westdeutschen Verbandes als für die frühere christl. Konsumvereinsbewegung maßgebend bezeichnet hat [2]). Sie sollten

1. den christl. Gewerkschaftsmitgliedern außerhalb oder neben den gewerkschaftlichen Vorteilen auch die des gemeinsamen Einkaufs der Lebensmittel zuteil werden lassen,

2. dadurch, daß dieser Vorteil nur den Gewerkschaftsmitgliedern zuteil wurde, auch die Mitglied-

1) Zentralblatt der christl. Gewerkschaften 1909, No. 1.

2) Schlack: Konsumgenossenschaften und nationale Arbeiterbewegung 1908.

schaft in den christl. Gewerkschaften begehrenswerter erscheinen zu lassen und so eine Stärkung der Mitgliederzahl der letzteren herbeizuführen.

Daß die Interessen der christlichen Gewerkschaften bei der ganzen Frage im Vordergrunde standen, bestätigt sich durch folgende Bestimmung der Statuten einer der Kohleneinkaufskassen, aus den sich, wie wir früher sahen, die christl. Konsumvereine entwickelten. § 3 dieser Satzung lautet [1]):

„Alle Mitglieder der christl. Gewerkschaften können dieser Kasse beitreten. Außerdem können noch dürftige Witwen, welche noch keine aufnahmefähigen Kinder haben, mit der Bedingung der Kasse beitreten, daß sie sich verpflichten, sobald das älteste Kind 16 Jahre alt wird, dasselbe einer christl. Gewerkschaft beitreten zu lassen."

Freilich war die klägliche Entwicklung der früheren christl. Konsumvereinsbewegung nicht dazu angetan, das Wappen der christl. Gewerkschaften zu verschönern. Und so konnte man sich in den Kreisen der letzteren nicht lange darüber täuschen, daß von jener nicht nur keine Förderung, sondern eher das Gegenteil zu erwarten war. Daher flaute die Begeisterung auch recht bald ab und wandelte sich beinahe in volle Gleichgültigkeit um. Wir sahen im geschichtlichen Teil unserer Darstellung, daß man auch in christl. Konsumvereinskreisen auf Grund der gemachten Erfahrungen für eine Emanzipation der Konsumvereinsbewegung aus der Vormundschaft der Gewerkschaftsführer war. Die Beschränkung der Mitgliedschaft auf die Zugehörigkeit zu einer christl. Gewerkschaft war einerseits eine zu starke Beschränkung, andererseits hatte auch die enge Personalunion zwischen beiden Organisationen starke

1) Satzungen der „Kohleneinkaufskasse für München-Gladbach und Umgegend".

Mißhelligkeiten im Gefolge. Letzteres Moment war besonders für die Gewerkschaften unangenehm, da Mißerfolge in der Konsumvereinsbewegung nur zu leicht ein ungünstiges Licht auf die von denselben Personen geführte Gewerkschaftssache warfen. Auf beiden Seiten war also eine Trennung erwünscht, und so verschwand im Laufe der Zeit das Epiteton „christlich".

Das nun folgende Verhältnis zwischen beiden Organisationen ist von Seiten der Gewerkschaften dargelegt in dem Zentralblatt der christl. Gewerkschaften [1]). Im einzelnen darauf einzugehen, würde zu weit führen. Der Inhalt des Artikels ist kurz der: Nach eingehender Würdigung der Gründe, die zur Trennung der Konsumvereins- von der Gewerkschaftsbewegung geführt haben und die sich mit den von uns hervorgehobenen im wesentlichen decken, wird folgendes Programm entworfen:

1. Die Konsumvereine haben ihre Angelegenheiten durch eigene Organe und selbständig zu regeln. Eine lokale Förderung des Konsumvereinsgedankens durch die Gewerkschaften soll nur durch Aufklärung der Mitglieder über die Ziele und Vorteile der Bewegung in freier Versammlung erfolgen.

2. Eine Personalunion zwischen beiden Bewegungen ist nach Möglichkeit zu vermeiden.

3. Kein Konsumverein ist berechtigt, den Namen „Konsumverein christl. Gewerkschaften" zu führen. Bestehende derartige Bezeichnungen sind daher abzuändern.

4. Die Gelder der Zahlstellenkassen dürfen unter keinen Umständen zum Ankauf von Anteilscheinen der Konsumvereine verwendet werden.

Das Verhältnis zwischen beiden Bewegungen

1) Zentralblatt der christl. Gewerkschaften 1909, No. 1.

war also ein recht kühles geworden. Da die Konsumvereinsbewegung die gehegten Erwartungen nicht erfüllt hatte, so hatten die Gewerkschaften damit einen Hauptgrund zu ihrer Förderung verloren. Denn, sagt das Zentralblatt, die Gewerkschaftsarbeit darf nicht unter der Konsumvereinsbewegung leiden. In der Tat sind denn auch die Beziehungen zwischen christlichen Gewerkschaften und dem heutigen Westdeutschen Verbande nicht annähernd so innig wie diejenigen zwischen freien Gewerkschaften und Zentralverband. Weder Tarifabschlüsse noch Arbeitsnachweis, noch sonst eine Verbindung besteht zwischen ihnen. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß beide überhaupt keine Interessengemeinschaft mehr besäßen. Besteht doch noch immer der eine der treibenden Gründe zur Schaffung einer christlichen Konsumvereinsbewegung, nämlich die Furcht vor der roten Gefahr. Wie sehr sich auch heute noch der „Verband westdeutscher Konsumvereine" als der Vertreter der christlichen Konsumvereinsrichtung fühlt, geht aus den Worten seines Leiters hervor [1]):

„Wer", so schreibt dieser, „einerseits die Stellung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und andererseits die des Verbandes westdeutscher Konsumvereine zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betrachtet, der wird es selbstverständlich finden, daß kein aus den letzteren entstandener Konsumverein dem Zentralverband angehören kann, sondern, soweit es möglich ist, den Anschluß an den Verband westdeutscher Konsumvereine herbeiführt. Und doch ist dem nicht so. So unglaublich es klingt, es ist wahr, wir haben Konsumvereine, die sich Konsumvereine christl. Arbeiter nennen, an deren Spitze

1) Zentralblatt der christl. Gewerkschaften 1910, No. 7.

Leute stehen, welche in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung als Funktionäre oder Vorsitzende usw. stehen, die dem Zentralverband angehören, demselben Verbande, der es ablehnt, mit den christl. Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen."

Die Spitze dieser Worte richtet sich auf die Konsumvereine des linksrheinischen Gebiets, deren Leiter uns bereits bei den Verhandlungen über die Neutralität des Zentralverbandes gegenüber den christl. Gewerkschaften auf dem Genossenschaftstag in Elberfeld begegnet sind [1]). Es wurde von diesen damals hervorgehoben, welch schlechte Wirkung die zweideutige Haltung des Zentralverbandes in dieser Frage auf dem ganzen linksrheinischen Gebiete zur Folge haben werde. In der Tat hat es der Verband westdeutscher Konsumvereine verstanden, hieraus Kapital zu schlagen. Immer mehr sammelt er all die zahllosen kleinen Vereinchen christlichen Elements um seine Fahne, so daß er an Zahl der Vereine den Unterverband des Zentralverbandes in Rheinland-Westfalen um das Doppelte überragt. Wenn er trotzdem an Mitgliederzahl um bald das Dreifache hinter jenem zurückbleibt, so dürfte dieses einmal daran liegen, daß der christl. Arbeiter weniger Interesse an der Konsumvereinsbewegung hat, dann aber auch vor allem an der geringen Unterstützung von Seiten der christl. Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen, was wiederum die Ursache des erstgenannten Grundes sein dürfte. Dies wird aber wohl kaum immer so bleiben. Denn heute gewinnt bereits wieder die Erwägung an Bedeutung, die wir als eine der treibenden Kräfte zur Schaffung einer christl. Konsumvereinsbewegung sahen und die später, als sie sich als eine Täuschung erwies, zum Rückzug der Gewerkschaften führte, die Erwartung nämlich, daß

1) Siehe diese.

eine starke christl. Konsumvereinsbewegung auch eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung bedeute. Es besteht kein Zweifel, daß der Verband westdeutscher Konsumvereine die wirtschaftlichen Scharten der alten christlichen Konsumvereinsbewegung wieder ausgewetzt hat, und dies dürfte sich in Zukunft noch weit mehr zeigen. In dem Maße aber, als er so an Stoßkraft gewinnt, gewinnt er auch wieder das Interesse der christl. Gewerkschaften und damit deren Sympathie.

Wie wir bei den christl. Gewerkschaften kein allzugroßes Entgegenkommen in letzter Zeit konstatiert haben, so läßt sich dasselbe Verhältnis bei den katholischen Arbeitervereinen beobachten. Nicht selten werden aus interessierten Arbeiterkreisen unzufriedene Stimmen laut über die geringe Sympathie der Vereinsleitung mit der Konsumvereinsbewegung. Die Haltung der Leitung der katholischen Arbeitervereine zu dieser Bewegung ist in der Tat weder als warm noch als kalt zu bezeichnen. Treffend geht dies aus dem Bericht des Diözesandelegiertentages der kath. Arbeiter- und Knappenvereine der Erzdiözese Cöln im Jahre 1910 hervor. Es heißt dort:

„Die Konsumvereine sind bei weitem nicht so bedeutungsvoll (wie die Gewerkschaften). Nicht einmal die materiellen Vorteile, die den Arbeitern aus den Konsumvereinen erwachsen, reichen an die materiellen Vorteile der Gewerkschaftsbewegung heran, geschweige denn, daß die Konsumvereine dieselbe unschätzbare ideale Förderung der Arbeiterbewegung bringen, wie sie die Gewerkschaften und Arbeiter-Vereine herbeiführen. Darum ist es erklärlich, daß die Arbeitervereine die Gewerkschaften vor allen anderen Vereinigungen zu fördern suchen. Was aber die Konsumvereine mit Recht von den Arbeitervereinen verlangen können, ist die notwendige Aufklärung über die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereinsbewegung. Ob nun aber die Arbeitervereine darüber hinausgehen sollen, ob sie die Gründung von Konsumvereinen in die Hand nehmen sollen, das ist im allgemeinen zu verneinen. Schon durch die Rücksichtnahme auf die übrige Bürgerschaft, mit der die katholischen Arbeiter sehr oft mancherlei wichtige Beziehungen unterhalten, wird sich ein Arbeiterverein veranlaßt sehen, von der Gründung eines Konsumvereins Abstand zu nehmen. An und für sich steht dem Arbeiterstand wie jedem anderen Stand sicherlich das Recht zu, durch Konsumvereine eine Besserung seiner Lebenshaltung zu erzielen. Aber ein Arbeiterverein, der für die Verwirklichung der Grundsätze des Christentums im Wirtschaftsleben eintrit, wird nicht einfach sagen dürfen: Heute, wo jeder für sich selbst sorgt, kann man nicht nach anderen sehen. Er wird erwägen, ob die Vorteile, die der wirtschaftliche Einkauf von Lebensmitteln bringt, in irgend einem Vergleich zu den Schädigungen stehen, die anderen Ständen daraus erwachsen. Man hört nicht selten die Meinung vertreten, wenn Arbeitern keine Gelegenheit gegeben werde, sich in christl. Konsumvereinen zusammenzuschließen, dann würden sie sozialdemokratischen Gründungen und dann allmählich der sozialdemokratischen Partei anheimfallen. Diese Möglichkeit sollte für einen christl. Arbeiter nicht in Betracht kommen. Sie kann keinen Grund abgeben, deswegen die Existenz anderer zu untergraben.' '

Im Weiteren kommt dann der Bericht zu dem Schluß, daß die Konsumvereine zweifellos einen gewissen Fortschritt bedeuten, ja sogar notwendig seien, da sie durch Preisregulierung verhüten, daß das Publikum der Preisansetzung rücksichtsloser Händler unbarmherzig preisgegeben wird. Daher

müsse das Wohl einzelner Weniger für eine gewisse Übergangszeit zurücktreten, und den katholischen Arbeitern sei sicherlich das Recht zuzubilligen, in ihren Arbeitervereinen derartige Anschauungen zu vertreten. Doch bleibe es ihre Pflicht, die bei Gründung von Konsumvereinen dem Mittelstande zugefügten Schäden nach Kräften zu mildern. Insbesondere sollen sie unter Umständen auf Einführung der Eigenproduktion verzichten, wenigstens dann, wenn dadurch örtlich ansässige Handwerker und Händler in ihrer Existenz bedrückt würden.

Im Ganzen klingen diese Worte nicht gerade nach einer Ermunterung zum Anschluß oder zur Gründung von Konsumvereinen. Es beruht dies offenbar einerseits auf einer Unterschätzung der materiellen und immateriellen Vorteile der Konsumgenossenschaftsbewegung, andererseits auf einer gewissen Inkonsequenz. Die ganzen Ausführungen könnten ebenso gut auf einem Mittelstandstag gemacht werden. Es heißt dem katholischen Arbeiter etwas viel Altruismus zumuten, wenn man von ihm verlangt, er solle bei jedem Schritt, den er zur Verbesserung seiner Lage tut, erst Umschau halten, ob er nicht dabei einem anderen auf den Fuß tritt, zudem noch einem, der ihn, wie der Diözesandelegiertentag ausdrücklich zugibt, nicht selten nach besten Kräften ausbeutet. Wollte man überhaupt im Wirtschaftsleben den Maßstab christlicher Nächstenliebe in dem Maße anwenden, wie er hier der Arbeiterschaft empfohlen wird, so wäre jede Konkurrenz zu verdammen. Wollte man von christlichen Händlern soviel Altruismus verlangen, so würden sie mit Recht sich dagegen wehren. Warum sollte aber nicht, was dem Händler recht ist, dem Arbeiter billig sein? Eine derartige Leisetreterei wäre in unserer heutigen Wirtschaftslage übel angebracht. Warum

sollten die christlichen Konsumvereine unter diesem Gesichtspunkt sich gerade der Eigenproduktion enthalten, wenn sie Vorteile aus ihr ziehen können? Schon durch bloße distributive Tätigkeit schädigen sie doch den gewerblichen Mittelstand. Ist dies mit dem Prinzip der christl. Nächstenliebe nicht vereinbar, so hätte der Diözesandelegiertentag der kath. Arbeitervereine konsequenterweise zu vollständiger Ablehnung des Konsumvereinsgedankens kommen müssen. Wenn die Konsumgenossenschaftsbewegung jedoch für die Arbeiterschaft von Bedeutung, ja sogar notwendig ist, wie dies ausdrücklich hervorgehoben wird, warum will man die Bewegung nicht zur Ausnützung ihrer ganzen Kraft kommen lassen?

Es ist aber diese zweideutige Haltung gegenüber der Konsumvereinsbewegung nicht etwa ein Spezifikum der kath. Arbeitervereinsleitungen. Auch die ihnen nahe stehenden konfessionellen und politischen Organisationen, wie der „Volksverein für das kath. Deutschland“ und die Zentrumspartei nehmen eine ähnliche Haltung ein. Es erklärt sich das aus den vielverschlungenen Interessen beider Organisationen. Beide stützen sich in gleicher Weise auf den Mittelstand und die Arbeiterschaft. Und es jedem recht zu machen ist bekanntlich nicht leicht. Beide, sowohl der Volksverein wie auch die Zentrumspartei, standen nun bis in die jüngste Zeit zweifellos mehr auf Seiten der Mittelhändler, wohl deshalb, weil die christliche Konsumvereinsbewegung bis vor kurzem noch herzlich bedeutungslos war. Erst mit deren neuerlichem Anschwellen mehren sich die Zeichen der Sympathie, was freilich auf Seiten der Mittelständler Verstimmung erzeugt, während früher nicht selten bittere Beschwerden aus den Reihen der Arbeiterschaft laut wurden. Der Volksverein hat daher den für ihn zweckmäßigsten Schritt getan

und seine vollständige Neutralität in dieser Frage erklärt. Auf dem Verbandstage des Westdeutschen Konsumvereinsverbandes in M.-Gladbach erklärte er durch den Mund Dr. Brauns:

„Als Vertreter der Zentrale bin ich hier erschienen und danke Ihnen herzlich für die freundliche Einladung. Sie kennen die Stellung, die der Volksverein für das katholische Deutschland zur Konsumvereinsbewegung einnehmen zu müssen glaubt. Die Eigenart des Volksvereins besteht darin, daß er die verschiedensten Stände und vielfach differenzierende wirtschaftliche Interessengruppen auf sozialem Gebiet zusammenführen und zusammenfassen muß. Was der Volksverein zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Stände tut, muß sich in diesen Bahnen halten, um so mehr, als wir den größten Wert darauf legen, zur Förderung der Sozialpolitik die öffentliche Meinung einheitlich günstig zu stimmen. Diese Situation gebietet uns gegenüber der Konsumgenossenschaftsbewegung eine neutrale Haltung, d. h. wir können nicht gegen den Konsumvereinsgedanken ankämpfen, wir können auch nicht agitatorisch für die Konsumvereine werben. Ich persönlich bin der Meinung, daß in Zukunft die Arbeitsgebiete der Konsumvereine und des privaten Handels sich gegenseitig klarer abgrenzen werden wie heute. Dann werden von selbst die gegenwärtigen Kämpfe an Schärfe verlieren und soziale Vereine, wie der Volksverein, werden dann auch nach beiden Richtungen hin größere Bewegungsfreiheit gewinnen. Soweit sich aber auf dem Boden der Neutralität gewisse schärfere Gegensätze zwischen Konsumvereinen und Detailorganisationen abschwächen lassen, sind wir gern bereit, das unsrige dazu beizutragen."

Schwieriger ist die Position der Zentrumspartei. Sie kann unmöglich, wie dies der Volksverein mit

Fug und Recht tut, ihre Neutralität in der Konsumvereinsfrage erklären. Sie stützt sich zwar auch auf die verschiedensten Bevölkerungsschichten des katholischen Deutschland, und nicht zuletzt auf den gewerblichen Mittelstand und auf die Arbeiterschaft. Aber sie ist ja gerade geschaffen, um die verschiedenen Interessen ihrer Wähler wahrzunehmen und last not least auch die wirtschaftlichen Interessen. Zwar versuchte auch die „Kölnische Volkszeitung", ähnlich wie die Leitung der Arbeitervereine, an den Idealismus der kath. Arbeiterschaft in dieser Frage zu appellieren, indem sie den Arbeitern bei den vergangenen Reichstagswahlen den Rat gab, ihre wirtschaftlichen, d. h. Konsumvereinsinteressen hinter die sonstigen Weltanschauungsfragen zurücktreten zu lassen, da diese doch den Ausschlag gäben [1]). Ein ziemlich schroffer Artikel aus der christl. Arbeiterschaft war jedoch die Antwort [2]). Der Verfasser legte dar, daß die kath. Arbeiter nach wie vor die Bedeutung der Weltanschauungsfragen zu würdigen wisse. Es sei aber auch ihr gutes Recht, sich einmal bei ihren Abgeordneten zu erkundigen, wie ihre wirtschaftlichen Interessen wahrgenommen würden. Doch da sei denn, was die Zentrumspartei anbelange, wenig Erfreuliches zu konstatieren in Bezug auf ihre Haltung in der Konsumgenossenschaftsfrage.

Leider hat nun die Zentrumspartei ihre Stellungnahme in dieser Frage nicht offiziell festgelegt. Es bleibt vielmehr scheinbar den einzelnen Abgeordneten überlassen, wie sie sich mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihres Wahlkreises zu der Konsumvereinsbewegung verhalten wollen. Weder in der Presse noch im Parlament ist daher eine einheitliche Mei-

1) Kölnische Volkszeitung 1911.
2) Stolberger Zeitung 102, 1911.

nung zu konstatieren. Es entspricht dies natürlich wiederum den Interessen einer so verschiedenartig geschichteten Partei. Sind aber die christlichen Konsumgenossenschaftler schon mit der Neutralität des Volksvereins nicht zufrieden, so erst recht nicht mit der zweideutigen Haltung der Partei. Schon in früherer Zeit erhoben sich bittere Klagen auf den Arbeitervereinstagungen und in der Presse. So hatte z. B. schon auf dem Delegiertentag der kath. Arbeitervereine in Neuß 1907 eine Resolution Haltung genommen gegen die steuerliche Unterdrückung der Konsumvereine mit nicht mißzuverstehendem Hinweis auf die merkwürdige Haltung des Zentrums. Deutlicher wird die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" unter Hinweis auf jenen Protest:

„Es ist zu bedauern", schreibt sie, „daß unsere Zentrumspartei wieder die Hand dazu bietet, das begangene Unrecht noch zu vergrößern. Mögen unsere Abgeordneten diese Kundgebung nicht in den Wind schlagen. Manche ahnen nicht, welche Erbitterung es in Arbeiterkreisen hervorruft, wenn man sieht, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir verlangen keine staatliche Unterstützung, sondern nur unter Recht."

Je mehr nun eine weitere Anziehung der Steuerschraube gegenüber den Konsumvereinen erwogen oder gar durchgeführt wurde, desto unwilliger wurden die Rufe aus den Reihen der christlichen Genossenschafter darüber, daß die Zentrumspartei und Presse sich so wenig der Konsumvereinsbewegung annahmen. Nicht an letzter Stelle war es die Leitung des „Verbandes westdeutscher Konsumvereine", die immer wieder dagegen protestierte und sogar zu Drohungen überging. Wenn die Zentrums-

1) a. a. O. 1907, 26 Mai.

partei kein Interesse an der Konsumvereinsbewegung zeige oder es nicht für der Mühe wert halte, sie zu beachten, so werde man sich schon zu gelegener Zeit bemerkbar machen. Besonders die „Köln. Volkszeitung" hat es mit den christl. Konsumgenossenschaftern ganz verdorben. Ihre Stellung gegenüber dieser Bewegung ist denn auch in der Tat wenig freundlich. Es ist eben schwer, es allen recht zu machen. Wie sehr man in Konsumvereinskreisen über ihre zweideutige Haltung erbost ist, zeigt folgende Stelle aus dem Geschäftsbericht des Konsumvereins „Wohlfahrt" in Werden, des zweitgrößten Vereins des Westdeutschen Verbandes:

„Bei dem Ton und Richtung der Köln. Volkszeitung müssen wir die Auslassungen in Verbindung mit den früheren Äußerungen des Blattes als eine Gefahr für die fernere Behandlung der Konsumvereinsfrage bezeichnen, zumal wirkliche Freunde unserer Bewegung unter den Parlamentariern der bürgerlichen Parteien sehr wenige vorhanden sind. Die Köln. Volkszeitung dürfte mit ihrer Stellungnahme gegen die Konsumvereine der Zentrumspartei den allerschlechtesten Dienst erweisen. Wir verlangen keinerlei besondere Fürsorge und Unterstützung von irgend einer politischen Partei, sondern nur gerechte Behandlung und Gleichstellung mit den Genossenschaften der Landwirte, Kaufleute, Handwerker etc. Wird der Boden der Gleichberechtigung verlassen, dann möge es sich die Köln. Volkszeitung gesagt sein lassen, daß wir die Sturmglocken zu läuten verstehen werden."

Solche Äußerungen des Unmutes ließen sich beliebig vermehren. Sie zeigen einmal, daß die Zentrumspartei und die ihr nahestehenden Organisationen und Presse der Konsumvereinsbewegung bisher wenig Interesse und Sympathie entgegengebracht

haben, andererseits aber auch, daß, wenn nicht alles trügt, in absehbarer Zeit hierin ein Umschwung zu erwarten sein wird. Denn es ist ausgeschlossen, daß die christl. Arbeiterschaft, die ohne Zweifel bei der fortwährenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, sich in immer größerem Maße für die Konsumvereinsbewegung interessieren wird, die bisherige Haltung der Partei ruhig erträgt. Und gerade hierin liegt der Punkt, wo der „Verband westdeutscher Konsumvereine" anfängt, wirklich eine Rolle zu spielen, eine Mission im Interesse der ganzen Konsumvereinsbewegung zu übernehmen. Er wird nämlich, je größer und mächtiger er sich entfaltet, je mehr Sympathie er unter der christlichen Arbeiterschaft gewinnt, in der Lage sein, für die Konsumvereinsbewegung an sich bei den bürgerlichen Parteien, mindestens bei der Zentrumspartei, Interesse und, soweit es in seinen Kräften steht, ein geneigtes Ohr für die Forderungen der Bewegung zu gewinnen. Freilich wird die Partei dadurch in eine wenig angenehme Lage versetzt, da die Mittelständler sich nicht minder bemerkbar machen werden. Es wird dann aller Künste der Diplomatie bedürfen, um die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen. Den besten Beweis, wie kitzlich diese Frage schon jetzt an manchen Orten geworden ist, zeigen die letzten Reichstagswahlen in Rheinland-Westfalen. Von den Kämpfen im Wahlkreis Essen haben wir schon berichtet. Hier waren es besonders die Händler, die über die freundliche Haltung des Abgeordneten Giesberts gegenüber den Konsumvereinen erbost waren und mit einer eigenen Kandidatur drohten. Es müssen mächtige andere Gründe gewesen sein, die die Händler zur Ruhe gebracht haben. Aber auch in anderen Wahlkreisen des Industriegebiets spielte die Konsumvereinsfrage bereits eine wichtige

Rolle. Es liegt auf der Hand, daß solche Kämpfe sich wiederholen und vor allem sich verschärfen werden, je größer die Beteiligung an den christl. Konsumvereinen wird, es sei denn, daß man diesen Vereinen in Zukunft mehr Entgegenkommen zeigen wird als bisher. Eine Einigung auf der mittleren Linie wird schließlich um so weniger schwer zu erreichen sein, als man in Parlamentarier- und Regierungskreisen gegenüber der Konsumvereinsbewegung des Westdeutschen Verbandes kein ähnliches Vorurteil hegen kann, wie es den als sozialdemokratischen Gründungen verschrieenen gegenüber besteht. Hier wird lediglich die Frage zu prüfen sein, ob die Konsumvereinsbewegung einen Fortschritt oder auch nur einen Vorteil für die Arbeiterschaft bedeutet oder nicht, und ob sie daher existenzberechtigt ist oder nicht. Ist die Frage zu bejahen, so ist es eben sinnlos, die Vorteile der Bewegung durch eine prinzipiell ungerechtfertigte Form der Besteuerung zu verringern.

Sollte es dem „Verbande westdeutscher Konsumvereine" gelingen, einen solchen Erfolg der Konsumvereinssache herbeizuführen, so wäre die Zersplitterung der ganzen Bewegung nicht zu bedauern. Aber noch einmal sei die Frage aufgeworfen: Wäre der ganzen Konsumgenossenschaftsbewegung nicht besser gedient, wenn man die christliche Arbeiterschaft ruhig in den Zentralverband gehen ließe, anstatt sie abzusondern? Ein Friede der christl. Gewerkschaften mit der Zentralverbandsleitung würde wohl kaum erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Die Führer des Zentralverbandes haben, wie wir im vorigen Kapitel dargelegt zu haben glauben, den aufrichtigen Wunsch, die Neutralität des Zentralverbandes zu sichern. Ein starkes christlich-nationales Element in seinen Reihen würde ihnen ihr Bestreben sicher-

lich erleichtern. Daß die Gefahr für die christl. Gewerkschafter, im Zentralverband ihrer Fahne entfremdet zu werden, nicht allzugroß ist, zeigt schon die Tatsache, daß ihm eine ganze Anzahl christl. Vereine bereits ein Jahrzehnt lang angehören und daß deren Mitglieder noch trotzdem ihren Gewerkschaften treu geblieben sind. Handelt es sich in beiden Lagern wirklich nur darum, den Konsumvereinsgedanken zu fördern, ihn wirklich ohne Rücksicht auf Sonderinteressen zu fördern, so dürfte eine Brücke nicht schwer zu finden sein, zum Nutzen eben der Konsumvereinssache.

Schluß.

Unsere vorstehenden Ausführungen haben einen glänzenden Aufschwung der Konsumvereine in Rheinland-Westfalen gezeigt. In keinem anderen Gebiet Deutschlands haben diese Genossenschaften vielleicht so tief Wurzel gefaßt als gerade hier. Man schätzt die Zahl der Vereine (inkl. der nichteingetragenen) auf 500 gegenüber 2200 im ganzen Reiche. Freilich sind die meisten Vereine recht winzig und von nur geringer Bedeutung. Es ist aber kein Zweifel, daß es den bestehenden Verbänden in absehbarer Zeit gelingen wird, sich die Mehrzahl von ihnen anzugliedern. Der „Bezirkskonsumverein" dürfte hierzu die geeignete Grundlage bieten. Eine gemeinsame Zentrale würde auch diesen kleinen Vereinen durch den zentralisierten Einkauf die Vorteile des Großbetriebs und durch geeignete Kontrolle eine geordnete, sachgemäße Verwaltung sichern. Gerade in einem mit Industrie durchsetzten Gebiet, wie das hier behandelte, ist, wenn man überhaupt das Existenzrecht des Konsumvereins von der Bedürfnisfrage abhängig machen will, die Konsumvereinsbewegung ein Bedürfnis. Denn da der Industriearbeiter in den seltensten Fällen einen Teil seiner Haushaltsbedürfnisse selbst aus einem Garten oder Stall befriedigen kann, ist er rettungslos dem Händler verfallen und spürt in unseren Tagen der allgemeinen Preiserhöhung um so eher jede Kürzung des Reallohnes. Neben den positiven Vorteilen in Gestalt der Dividende, hat da die Konsumgenossenschaft eine große Bedeutung und zwar nicht allein für die Mitglieder, sondern für Arbeiterschaft überhaupt, indem sie nämlich durch ihre bloße Existenz preisregulierend wirkt gegenüber ungerechtfertigten Preistreibereien. Eine weitere überaus günstige Wirkung hat der Konsumverein zum Nutzen ebenfalls der Allgemeinheit und zwar nicht nur des Konsumenten, sondern auch seiner Konkurrenz, der Händlerschaft im Gefolge, nämlich die Einführung der Barzahlung. Daß hierin die Konsumgenossenschaftsbewegung sich bleibende Verdienste erworben hat, dürfte auch ihr erbittertster Gegner nicht bestreiten. Wie schlimm in dieser Beziehung die Verhältnisse bisher gerade im Industriegebiet waren, davon weiß am meisten der Kaufmann zu erzählen, der notgedrungen sich durch eine Risikoprämie hat decken müssen, weder zu seinem, noch der Arbeiterschaft Nutzen. Dieses Verdienst um die Barzahlung ist um so höher zu bewerten, als gerade die Barzahlung nicht selten das Hemmnis ist, das sich der Ausbreitung der Konsumvereine entgegenstellt, was wir ja bereits früher hervorgehoben haben. Hat nun die Konsumgenossenschaftsbewegung heute bereits viele Erfolge aufzuweisen, so harren ihrer in der Zukunft noch eine Fülle schwieriger Aufgaben zur Durchführung. Be-

merkenswerte Ansätze zu ihrer Lösung lernten wir gerade in rheinisch-westfälischen Konsumvereinen kennen. Die Entwicklung des letzten Jahrzehntes läßt die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß die Vereine dieser beiden Provinzen an der Spitze der deutschen Konsumvereinsbewegung marschieren werden; namentlich, sobald die auf die Dauer durch nichts gerechtfertigte Spaltung in zwei Lager überwunden werden wird und die ganze Bewegung durch das gemeinsame Wohlwollen der wichtigsten politischen Organisationen gefördert wird.

Benutzte Literatur.

Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus. 1899.

Böttiger: Vom alten und neuen Mittelstand.

Fink: Das Schulze-Delitzsche Genossenschaftssystem und die moderne konsumgenossenschaftlichen Entwicklungstendenzen. 1909.

Göhre: Die deutschen Arbeiterkonsumvereine. 1910.

Huber: Die Rochdaler Pioniere. 1866.

Kaufmann: Die Stellung der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung. 1910.

— — Geschäfte des konsumgenossenschaftlichen Großeinkaufs.

Kautsky: Konsumverein und Arbeiterbewegung. 1897.

Krüger: Die Lage des Kleinhandels in Deutschland. 1899.

— — Die Angriffe auf die Konsumvereine. 1894.

— — Die ersten 50 Vereins- und Genossenschaftstage des Allg. Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. 1910.

Lassalle: Offenes Antwortschreiben. 1863.

Riehn: Konsumvereinswesen in Deutschland. 1902.

Rhien u. Giesberts: Arbeiterkonsumvereine, Referate in der Gesellschaft für soziale Reform. 1903.

Schlack: Konsumgenossenschaften und christlich-nationale Arbeiterbewegung. 1908.

Schulze-Delitzsch: Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland. 1858.

v. Schulze-Gävernitz: Zum sozialen Frieden. 1890.

Staudinger: Von Schulze-Delitzsch nach Kreuznach. 1903.

Suchsland: Schutz- und Trutzwaffen für den gewerblichen Mittelstand. 1904.

Vieth: Bezirkskonsumvereine. 1908.

Wernike: Umsatzsteuer und Konsumvereine. 1898.

Mrs Sidney-Webb: Die britische Genossenschaftsbewegung. 1893.

Wygodzinski: Das Genossenschaftswesen in Deutschland. 1911.

Zeidler: Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens der Neuzeit. 1893.

Jahresberichte des Allg. Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Jahrbücher des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.
Jahsesberichte über den „Verband rheinisch-westfälischer Konsum- und Produktivgenossenschaften".
Jahresberichte des „Verbandes westdeutscher Konsumvereine".
Jahresbericht des „Verbandes rheinisch-westfälischer Konsumvereine".
Akten, Statuten und Geschäftsberichte einzelner Vereine.
„Konsumgenossenschaftliche Rundschau".
Blätter für Genossenschaftswesen.
„Der Konsumverein".
Auszüge aus Tageszeitungen.
Persönlicher Besuch, mündliche und schriftliche Berichte.

Lebenslauf.

Ich, Oskar Dorth, bin am 5. Okt. 1886 zu Lahr Kr. Limburg a. L. (Preußen) als Sohn des Technikers Johann Dorth geboren und katholischer Konfession. Nach Absolvierung der heimatlichen Volksschule und des kgl. Gymnasiums zu Hadamar (Hess. Nassau) besuchte ich die Universitäten München, Freiburg i. B., Genf, Berlin und Münster. Nach mehrsemestrigem Studium der Rechtswissenschaft wandte ich mich der Nationalökonomie zu und promovierte in Münster am 3. Aug. 1912 mit dem Prädikat „rite". Die Vollendung meiner Doktorarbeit verdanke ich in erster Linie der gütigen Unterstützung meines sehr verehrten Referenten, Herrn Prof. Schmöle, sowie dem freundl. Entgegenkommen der maßgebenden Persönlichkeiten in der Konsumvereinsbewegung Rheinland-Westfalen, die mir in dankenswerter Weise ihr vorhandenes Material sowie ihren geschätzten Rat zur Verfügung stellten.

SPEZIALDRUCKEREI FÜR
:: DISSERTATIONEN ::
HEINRICH LUDWIG, BONN
Franziskanerstr. 1 :: Fernruf 4925
GEGENÜBER DER UNIVERSITÄT.

27602

END OF
TITLE